

# Der Textil-Arbeiter

## Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin O 34, Memeler Straße 89.  
Fernsprecher: E 7, Wechsel 4071. — Die Zeitung erscheint jeden Freitag. — Telegrammadresse: Textilpraxis Berlin.



Anzeigen- und Verbandsgelder sind an Deutscher Textilarbeiter-Verband Hauptvorstand, Berlin O 34, Memeler Straße 89 (Postcheckkonto Berlin Nr. 12971), zu richten. Bezugspreis, nur durch die Post, vierteljährlich 6 M.

Nummer 16

Berlin, den 17. April 1931

43. Jahrgang

### Die Arbeitszeitfrage und die Braunsche Gutachterkommission

Ein anrüchiges Osterei — Rationalisierung in der Textilindustrie.

Länder, Gemeinden und das Reich brechen unter der Last der Arbeitslosenfürsorge beinahe zusammen. Der moralische, physische und psychisch angerichtete Schaden an den Arbeitslosen, vor allem an den Jugendlichen ist nicht abwägbar. Trotzdem kann sich die Regierung Brüning nicht entschließen, einen entscheidenden Schritt zu tun, um die Arbeitslosigkeit mit dem natürlichsten Mittel der Arbeitszeitverkürzung zu bekämpfen. Die Regierung Brüning-Stegerwald scheint weit mehr die Gefangene der Deutschen Volkspartei zu sein, die in Vertretung der Unternehmerinteressen in der Frage der Arbeitszeit zu keinem vernünftigen Zugeständnis zu bewegen ist. Wenn man von der Maßnahme des Lohnabbaues, den die Regierung Brüning-Stegerwald durchgeführt hat, um angeblich der Wirtschaft neue Antriebskräfte zuzuführen, absteht, so geht alles in dem alten Trotz weiter. Die Arbeiterklasse erhält weniger Lohn; sie kann den Hungerriemen enger schnallen und die Arbeitslosigkeit bleibt bestehen. Daß durch den Lohnabbau der Wirtschaft neue Antriebskräfte zugeführt werden könnten, ist mehr als zweifelhaft und wir können uns nicht gut denken, daß durch Rationalisierung der Löhne und Preise der Wareneport gefördert werden könnte, zumal die mit uns im Konkurrenzkampf stehenden Länder Lohnabbau mit den gleichen Gründen und den gleichen Zielen durchgeführt haben. Wenn man sich die Dinge recht besteht, so müssen wir wahrnehmen, daß wir wiederum auf dem alten Fleck stehen. Es ist aber auch unsinnig, anzunehmen, daß die aus der starken Technisierung und Rationalisierung der Wirtschaft sich ergebende höhere Warenerzeugung Absatz finden kann bei einem stark verringerten Einkommen der breiten Verbrauchermassen. Der Lohnabbau hat sich als das verkehrteste Mittel zur Ankurbelung der Wirtschaft erwiesen. Als einziges zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bleibt nur die Verkürzung der Arbeitszeit entsprechend des technischen Fortschrittes der letzten Jahre übrig.

#### Ein anrüchiges Osterei.

Dem Deutschen wird seine Gründlichkeit sehr oft nachgerühmt. Wohl deshalb, weil er oftmals vor lauter Gründlichkeit Notwendiges zu tun vergißt. Der Regierung Brüning-Stegerwald scheint es in der Arbeitszeitfrage so zu ergehen. Die Regierung Brüning hat eine Gutachterkommission eingesetzt, um ja recht gründlich zu sein, oder, wenn man die Dinge rückwärts ansieht, um sich für ihre Unentschlossenheit ein wissenschaftliches Alibi zu verschaffen. Das Gutachten der sogenannten Braun-Kommission, das als sogenannte Osterbotschaft veröffentlicht worden ist, ist sehr gründlich; zur Behebung der Arbeitslosigkeit aber vollständig unbrauchbar.

Das ganze Gutachten enthält nichts als Halbwahrheiten. Es wird nie positiv und versagt überall dort, wo es Erleichterungen zur Besserung des Arbeitsmarktes bringen könnte. Die Arbeiterklasse hat sich tatsächlich etwas anderes gedacht. Was heraus gekommen ist, sieht mehr einer Verhöhnung der Arbeitslosen ähnlich. Auf eine solche Weise kann nie und nimmer die Arbeits-

## Aus der Textilindustrie

### Abgewehrter Angriff

Erfolgreicher Streik in der Tuchindustrie in Forst (Causch).

Der Schlichtungsausschuß in Kottbus hatte einen Schiedsspruch gefällt, der einen Abbau der Tariflöhne für die Laufstuhltuchindustrie um 6 Proz. vorsah. Dieser Spruch wurde auf Antrag der Arbeitgeber für verbindlich erklärt. Die Textilunternehmer in Forst glaubten jedoch, noch ein besonderes Geschäft dabei machen zu können, indem sie den Webern einen Akkordtarif anboten, der im Durchschnitt einen Abbau der Akkordstücklöhne in Höhe von 16 bis 18 Proz. vorsah. Und dies, trotzdem sie bei den am 27. Januar 1929 und 3. April 1930 erfolgten Tarifloohnerhöhungen keine entsprechende Erhöhung der Akkordstücklöhne eintreten, sondern einfach die alten Sätze bestehen ließen. Dadurch hatten sie die Akkordarbeiter von jeder Lohnerhöhung ausgeschlossen. Also bei Tarifloohnerhöhungen keine Erhöhung der Akkordstücklöhne, bei Tariflohnabbau jedoch einen ganz bedeutend höheren Abbau der Akkordstücklöhne scheint die Parole der nicht sehr bescheidenen Arbeitgeber in Forst zu sein.

Daß sich die Arbeiter einen derart rigorosen Lohnabbau nicht bieten lassen konnten, liegt auf der Hand, und so kündigten die Akkordarbeiter in zwei Betrieben mit etwa 800 Arbeitern ihr Arbeitsverhältnis mit dem Ziele, diesen brutalen Akkordlohnabbau abzuwehren und traten am 25. März in den Streik.

Nachdem wiederholt vergeblich verhandelt worden war, kam in einer Verhandlung am 7. April, die bis zum andern Morgen dauerte, eine Vereinbarung zustande, die im Hinblick auf das Diktat der Unternehmer als ein beachtenswerter Erfolg anzusprechen ist und zur Arbeitsaufnahme am 9. April führte.

lofenfrage gelöst werden. Das wir mit unserer herben Kritik nicht allein stehen, beweist ein Aufsatz des „Konfektionär“ vom 19. April 1931, betitelt: „Brauns Wasserfuppe“. Es heißt in dem Aufsatz in seinem entscheidenden Teil:

„Mit dem Ergebnis der Beratungen der „Sieben“ hätte man sich vielleicht im September oder Oktober vorigen Jahres noch einigermaßen abfinden können, heute, da fünf Millionen Menschen in Deutschland geradezu nach Beschäftigung schreien, heute müßt dieses Ergebnis wie Ironie an. Man greift sich an den Kopf, wenn es in der Osterbotschaft der Sieben heißt, daß die Herabsetzung der Arbeitszeit nicht auf 40 Stunden zu erfolgen braucht, sondern daß unter Umständen auch eine Herabsetzung auf 42 Stunden genügt. Man vergleiche mit dieser Botschaft doch einmal die durchaus vernünftigen Ausführungen, die vor vier Wochen der Vizepräsident des Deutschen Städtetags, Dr. M. J. Ehas, gemacht hat. Dr. Ehas referierte folgendermaßen: „8 Millionen Arbeitnehmer arbeiten noch in der 48-Stunden-Woche 384 Millionen Stunden. Wird die Arbeitszeit um eine Stunde täglich verkürzt, wird also eine 42-Stunden-Woche eingeführt, so wäre es möglich rund 9 Millionen Arbeitnehmer zu beschäftigen. Man muß also schon auf eine 36-Stunden-Woche heruntergehen, um auf 10 1/2 Millionen Arbeitnehmer zu kommen, die die gleiche Leistung vollbringen. Das würde bedeuten, daß man, um 2 1/2 Millionen Erwerbslose wieder in Arbeit zu bringen, auf einen Sechstundentag heruntergehen müßte.“ Wenn man diese durchaus ruhigen und sachlichen Ausführungen würdigt, muß man zu dem unbedingten Schluß kommen, daß die Vorschläge der „Sieben“ weniger wie nichts bedeuten und unter keinen Umständen zu einem auch nur

### Schiedsspruch für Schlesien

Das Reichsarbeitsministerium erklärt den Schiedsspruch für die schlesische Textilindustrie für verbindlich.

Der für die schlesische Textilindustrie bekannte Dr. Böckers-Schiedsspruch sieht außer einem Lohnabbau von 6 Proz. auch eine Verschlechterung der Akkordbestimmungen vor. Der Schiedsspruch wurde von den Unternehmern angenommen, die Arbeiterschaft hatte ihn in einer in Breslau stattgefundenen Konferenz einstimmig abgelehnt. Wie nicht anders zu erwarten, wurde die Verbindlichkeit von den Unternehmern beantragt. Die Gewerkschaften warnten das Reichsarbeitsministerium vor der Ausprägung der Verbindlichkeit und ließen es nicht im Zweifel darüber, daß für den Fall, wo die Unternehmer die Löhnerhöhungen für Akkordarbeiter über 6 Proz. hinaus zu köpfen wagen, der Kampf in diesen Betrieben unvermeidlich sei.

## DTAV. voran! Weitere Teilergebnisse zur Betriebsrätewahl

Wir erhalten weitere Meldungen über stattgefundene Wahlen:

Hamburg: Firma Bishoff u. Rodah DTB. 270 Stimmen (Vorjahr 391), 5 Mandate (4); RGD. 243 Stimmen (470), 4 Mandate (6).

Firma Wollkammerei Wilhelmshagen: DTB. 700 Stimmen (573), 6 Mandate (5); RGD. 325 Stimmen (367), 2 Mandate (3); Gebte 174 Stimmen (128), 1 Mandat (1).

Firma Vereinigte Jute Harburg — es entfielen alle 9 Mandate auf die Vorschlagsliste des DTB.

Dresden berichtet, daß nach dem vorläufigen Ergebnis auf die Liste des DTB. 74 und auf die der RGD. 1 Mandat entfällt.

Lebau meldet, daß in familiären Betrieben, mit Ausnahme bei der Firma August Römer, Färberei, wo neben 4 freien Gewerkschaftern

Hierauf wurden die Parteien vom Herrn Reichsarbeitsminister persönlich zu einer Rücksprache eingeladen. Trotz alledem ist die Verbindlichkeit ausgesprochen worden. Allerdings ist derselben eine Begründung beigegeben, die folgendes besagt:

„Diese Entscheidung ergeht, nachdem die Arbeitgeberseite dem Reichsarbeitsministerium gegenüber erklärt hat, der Arbeitgeberverband werde dahin wirken, daß im Durchschnitt keine stärkere Herabsetzung der Stücklohnfähige, gelegentlich der jetzigen Neuregelung der Löhne, vorgenommen wird, als der sechsprozentigen Senkung der Tariflöhne im Schiedsspruch entspricht, es sei denn, daß im Einzelfall besondere Wünsche bei der bisherigen Stücklohnansetzung eine stärkere Korrektur rechtfertigen.“

Die schlesischen Textilarbeiter werden streng darüber wachen, daß von den einzelnen Unternehmern entsprechend dieser Erklärung gehandelt wird. Dieses um so mehr, als gerade über diesen Punkt in der Breslauer Konferenz eine Einstimmigkeit herrschte, die keinerlei Zweifel aufkommen ließ.

1 Stahlhelmmann gewählt worden ist, haben die Gegner keinerlei Erfolge zu erzielen vermocht.

In der Rammgarnspinnerei von E. Kummerle in Brandenburg a. N. bekamen wir 5 Mandate, die RGD. 2. Die Nazis hatten umsonst eine Liste aufgestellt.

Aus dem Elzale (Breisgau) heißt es: Eine eigentümliche Erscheinung tritt diesmal zutage, nämlich wir haben auf der ganzen Linie an Stimmen zugenommen, und trotzdem haben die Christen noch 1 Mandat mehr als wir. Das liegt aber daran, daß wir in der Waldfircher Baumwollspinnerei nicht mehr 6 Betriebsratsmitglieder zu stellen haben, sondern nur noch 5. Im allgemeinen können wir zufrieden sein, und zwar deshalb, weil es uns gelungen ist, die Hochburg der Christen bei Rinwald zu brechen. Bei der Firma Gütermann haben wir ebenfalls unsere Stimmenzahl verbessern können.

einigermassen befriedigenden Ergebnisse führen können. Mit wenigen Worten: Die „Sieben“ haben den 5 Millionen nach Arbeit Hungernden Steine statt Brot vorgelegt.

Geradezu unglaublich mutet in der „Osterbotschaft“ folgender Satz an: „Die Beantwortung der Frage des Lohnausgleiches hält die Kommission für außerordentlich schwierig.“ Ist das wirklich alles, was uns Herr Brauns zu sagen hat? Haben die „Sieben“ wirklich zwei Monate notwendig gehabt, um dem deutschen Volke zu sagen, daß das angeschnittene Problem „außerordentlich schwierig“ sei? Man vergleiche doch einmal mit dieser mehr als mageren Feststellung die praktischen Vorschläge, die der Großindustrielle Gütermann-Gutach schon im Oktober zur Lohnausgleichsfrage gemacht hat, und man wird ohne weiteres einsehen, daß die Braunsche „Wasserfuppe“ keinen nach Arbeit Hungernden zu täuschen vermag.

Wir haben der Kritik des „Konfektionär“ nichts hinzuzufügen. Sie trifft ins Schwarze. Zur Zeit sehen die Dinge so aus, als ob die Herren Stegerwald und Brüning, die sich von ihrer Kinderstube her noch den alten Wunderglauben erhalten haben, auf ein Wunder warten, durch das die Frage der Arbeitszeit gelöst würde. Wunder geschehen tatsächlich täglich, aber Wunder der Technik, die die menschliche Arbeit immer entbehrlicher machen. Die Maschine gilt heute alles, der Arbeiter nichts. Die menschliche Arbeit wird von einer tiefgehenden Inflation heimgeführt. Diese Inflation auf die Spitze treiben ist nicht allein das Bestreben der Schwerindustrie, sondern das Bestreben der Industrie im allgemeinen, um jeden Widerstand der Arbeiterschaft in Wirtschaft und

Politik zu brechen. Hier helfen keine „tiefgründigen“ Gutachten, sondern der Mut zur Tat, den gordischen Knoten zu durchschlagen. Die Arbeitszeit muß herunter auf ein erträgliches Maß. Diese Frage kann natürlich schlechterdings nicht mit den Unternehmern am grünen Tisch gelöst werden. Die Geschichte der Arbeitszeit lehrt uns, daß die Unternehmer in der Frage der Arbeitszeitverkürzung nie der Arbeiterschaft entgegenkommen werden, selbst wenn darüber Staat und Gesellschaft zugrunde gehen. Es geht aber auch nicht an, mit Rücksicht auf einige tausend Unternehmungen, die in der Rationalisierungsfrage zurückgeblieben sind, zuliebe die alte Arbeitszeit beizubehalten. Das hieße ja 5 Millionen Arbeitslose einigen wenigen Unternehmungen zum Opfer zu bringen. So können die Dinge nicht weitergehen. Es hilft nichts, rüchichtslose Verkürzung der Arbeitszeit bleibt das A und O zur Besserung der Arbeitsmarktlage.

#### Die Rationalisierung in der Textilindustrie.

In welcher Weise durch die Rationalisierung in der Textilindustrie Arbeitskräfte freigestellt werden, zeigt ein Bericht aus einem schlesischen Betrieb:

Sagan.

Spulerei: Durch 14 Diana-Maschinen zu je 30 Spindeln, gleich 420 Spindeln, wurden 22 Spulmaschinen zu je 20 Spindeln, gleich 440 Spindeln, verdrängt.

Bei 22 Spulmaschinen wurden 88 Frauen benötigt.

bei 14 Sijona-Maschinen werden 28 Frauen benötigt.

Lohn bei den 22 Spulmaschinen . . . 1 858,56 M.
Vergl. Lohn . . . . . 591,36 M.
Der Gewinn beträgt: 1 267,20 M.

Rot- und Weistreiber: 2 neue amerikanische
Tromler ergeben 18 Rotreiber und 18 Weistreiber. Der Gewinn an Arbeitslohn beträgt die
Woche 760,32 M.

Schererei (Zetteln): Durch 4 neue amerikanische
Schnelläufer-Schermaschinen sind 20 mechanische
Schermaschinen ersetzt worden. Dadurch sind 40
Frauen (20 Scherer und 20 Ansticker) übrig ge-
worden. Der Gewinn an Arbeitslohn beträgt die
Woche 244,80 M.

Andreiberei: Die neuen Andreibmaschinen sind
bereits im Jahre 1927 gekauft worden. Es sind
somit keine Veränderungen eingetreten. Durch 3 dieser
Maschinen wurden 12 Arbeiter ersetzt, durch 2 dieser
Maschinen wurden 8 Arbeiter ersetzt und der
Stuhlmeister. Es sind nach 14 Frauen und 4
Blattstecher vorhanden. Der Gewinn an
Arbeitslohn beträgt die Woche 430 M.

Schlichterei: Wochenleistung der Maschinen im
Stundenlohn 384 Stück. Gesamtleistung von
6 Maschinen 3072 Stück.

Lohn des Schlichters
à 64 Pf. = 48 Stk. . . . . = 30,72 M.

Lohn des Gehilfen
à 61 Pf. = 48 Stk. . . . . = 29,28 M.

Wahrl. Gesamtlohn für 8 Maschinen = 480,- M.
8 Schlichter 245,76 M., Gehilfen 234,24 M.

Rationalisierung: Wochenleistung der Maschinen
im Alford = 432 Stück. Gesamtleistung von
6 Maschinen im Alford = 2592 Stück.

Alford des Schlichters pro Stück 9 Pf. = 38,88 M.
Alford des Gehilfen pro Stück 9 Pf. = 38,88 M.

Lohn für 6 Schlichter . . . . . 233,28 M.
Lohn für 3 Gehilfen . . . . . 116,64 M.

349,92 M.

Stundenlohn bisher . . . . . 480,- M.
Alfordlohn jetzt . . . . . 349,92 M.

Somit Gewinn: 130,08 M.

Webererei:

Table with 2 columns: Vorher: Stück 2 3 4 6 12 Gesamtzahl 1008. Es waren 82 75 140 6 -- Gesamtzahl 306. Bedienst. 24-32-38-45- -- Gesamtlohn 19073,-.

Zur Zeit: Es waren 24 96 90 18 6 Gesamtzahl 852. Bedienst. 24-28-31-41-58 -- Gesamtlohn 7464,-. Spinnzeit 3 20n 63,36.

7527,36
Gesamtlohn vorher . . . 10 073,- M.
Gesamtlohn zur Zeit . . . 7 527,36 M.
Gewinn: 2 545,64 M.

Bücherei: Eine Bücherei in 1 Stk. = 2 Stück,
die Woche = 96 Stück. Lohn pro Stück 20 1/2 Pf. =
20,64 M. Gesamtleistung in 48 Stunden etwa
3000 Stück. Beschäftigt waren 32 Büchereinen.
Lohnsumme = 630,58 M.

Nach der Rationalisierung: 2 Fußmaschinen.
Stundenleistung 25 Stück. Leistung in 48 Stunden
2400 Stück. An jeder Maschine sind 2 Mann be-
schäftigt. Der Lohn des Fahrers beträgt 3 1/2 Pf.
pro Stück, für den Gehilfen 3 Pf. pro Stück. Rit-
ter Lohn: 54,- M. Es sind noch weitere 12
Handbühnen zum Nachputzen der Maschinen-
teile beschäftigt. Lohn: 247,68 M. Gesamtlohn:
331,66 M. Der Gewinn beträgt somit 328,90 M.

Wäscherei: Beschäftigt waren 53 Ar-
beiter mit einer Gesamtlohnsumme
(Männer 61 Pf., Frauen 44 Pf.) von 1 397,44 M.
Heute sind beschäftigt 12 Männer und
14 Frauen. Der Lohn pro Stunde ist
bereits. Lohnsumme heute . . . . . 892,56 M.
Gewinn: 594,88 M.

Färberei: Es waren beschäftigt 84
Männer und 9 Frauen. Lohnsumme
pro Woche . . . . . 2 649,60 M.
Heute sind nur noch beschäftigt 36
Männer, 9 Frauen. Lohnsumme heute 1 244,16 M.
Gewinn: 1 405,44 M.

Da die Wäscherei sowie in der Färberei sind
neue Maschinen aufgestellt worden.

Mangelerei: Zur Erweiterung kommen pro Woche
mehr als 200 Stück. Es waren beschäftigt:
28 Männer, 26 Frauen = 54 Personen.

Lohn Männer
62 Pf. pro Stk. = 21,72 M. Schlichter 74,- M.
Lohn Frauen
44 Pf. pro Stk. = 15,27 M. Schlichter 149,- M.
Gesamtlohn heute: 221,44 M.

Es sind 20 neue Maschinen, 32 Frauen =
38 Personen.

Gewinn: 221,44 M.

Es sind 20 neue Maschinen, 32 Frauen =
38 Personen.

Gewinn: 221,44 M.

Es sind 20 neue Maschinen, 32 Frauen =
38 Personen.

Gewinn: 221,44 M.

Es sind 20 neue Maschinen, 32 Frauen =
38 Personen.

Gewinn: 221,44 M.

Es sind 20 neue Maschinen, 32 Frauen =
38 Personen.

Gewinn: 221,44 M.

Politische
Wochenschau

Einladung nach England. — Kein Zusammen-
tritt des Reichstags. — Frids Ende. — Die
Kommunisten in den Betrieben.

Der englische Ministerpräsident
Macdonald hat den deutschen Reichs-
kanzler Brüning und den deutschen Reichs-
außenminister Curtius zu einem Besuch
nach England eingeladen. Im kleinen
Kreis sollen alle Fragen besprochen werden,
die eine gemeinschaftliche Regelung erfordern
oder über die Differenzen entstanden sind.
In erster Linie handelt es sich um die inter-
nationalen Wirtschaftsbeziehungen und im
Zusammenhang damit um Zollfragen, die
internationale Kreditgewährung und die Be-
kämpfung der Arbeitslosigkeit. Bei dieser
Gelegenheit dürfte man sich wohl auch über
die deutsch-österreichische Zollunion unter-

auch auf die Bestimmungen zu, die die Re-
ligionsgesellschaften vor Angriffen schützen
sollen. Es wird aber vor allem auf die An-
wendung der Verordnung durch die Innen-
minister der Länder ankommen, und der
preußische Innenminister Severing hat
ausdrücklich erklärt, daß die Verordnung nur
ihrem Sinne gemäß ausgelegt, also die politi-
sche Freiheit der Staatsbürger durch sie
nicht behindert werden soll. Sollten sich aber
trotzdem Mißbräuche einstellen, so wird die
Sozialdemokratie auf deren Abstellung durch
die zuständigen Staatsorgane dringen.

Die Ministerherrlichkeit des
Herrn Dr. Frick in Thüringen hat
ihr Ende erreicht. Durch die Annahme der
Mißtrauensanträge der sozialdemokratischen
Fraktion im dortigen Landtag ist er und
sein Kollege Marschner gezwungen worden,

ihren Abschied einzureichen. Herr Hitler war
höchstpersönlich nach Weimar geeilt, um noch
im letzten Augenblick den Sturz seiner
Freunde zu verhindern. Er hatte damit kein
Glück, denn selbst die bürgerlichen Parteien
hatten von der Regierungstätigkeit der
Hakenkreuzler genug. Ohne dem Sturz des
Herrn Frick eine besondere politische Bedeu-
tung beizumessen, so kann man doch feststellen,
daß die Nationalsozialisten damit eine schwere
moralische Niederlage erlitten haben. Frick
ist von Hitler ausdrücklich mit der Ankündi-
gung in sein Ministeramt eingeseht worden,
daß von Thüringen die „Erneuerung Deutsch-
lands“ ausgehen sollte. Braunschweig war die
zweite Etappe und dann sollte Preußen und
damit das Reich folgen. Es ist nichts daraus
geworden und auch der Anschluß der Haken-
kreuzler an das Volksbegehren des Stahl-
helms zur Auflösung des Preussischen Land-
tags wird ihnen keinen Erfolg bringen.



Der zweite Mann, der kommt zu uns, dann kann er ihm nicht fehlen.
Und Mut und neuer Angriffsgeist, werden den Bund bessern!

Außer der Sozialdemokratie magt es keine
Partei in Deutschland, ihre Mitglieder-
stärke vor der Öffentlichkeit bekanntzu-
geben. Auch von der Kommunistischen
Partei erfährt man nicht, wie stark eigent-
lich die Organisationen sind. Es wird zwar
viel von „gewaltigen“ Siegen bei einzelnen
Betriebsratswahlen berichtet; aber es ist hier
nur ebenso wie bei Wahlen in der Wirtschaftsk-
rise, wenn unorganisierte und unaufgeklärte
Arbeiter auf die kommunistischen Versprechun-
gen hereinfallen. Wie es in Wirklichkeit um
die Kommunistische Partei bestellt ist, das er-
gibt sich aus einem Artikel, den der Reichs-
tagsabgeordnete Creutzburg in der
„Internationale“, einer kommunistischen
Monatsschrift, veröffentlicht. Danach hatte die
Kommunistische Partei im März 1931 in den
in Deutschland vorhandenen 191 211 Be-
trieben mit einer Belegschaft mit mehr als
10 Mann ganze 1 581 Betriebszellen. Sie
konnte also noch nicht einmal 1 Proz. sämt-
licher Betriebe organisatorisch erfassen. In den
kleineren Betrieben bis zu 50 Mann, deren
man rund 150 000 zählt, gibt es so gut wie
gar keine kommunistischen Zellen. Selbst die
Großbetriebe mit über 5000 Mann Beleg-
schaft sind noch nicht zur Hälfte von der kom-
munistischen Organisation erfasst worden.
Diese Tatsache ist um so bemerkenswerter, als
die Kommunistische Partei schon seit Jahren
die Zellenarbeit in den Betrieben mit beson-
derem Eifer betreibt. Um so anmaßender und
unverständlicher ist das Auftreten der „KPD.“
in den Betrieben.

halten. Schließlich wird auch noch Stellung
zu nehmen sein zu der großen Abrüstungs-
konferenz, die im nächsten Jahre stattfinden
soll. Der Beginn der Besprechung ist auf
den 5. Juni angesetzt worden. Man
hat auch den französischen Außenminister
Briand zur Teilnahme eingeladen; bisher
ist es jedoch noch nicht sicher, ob er kommen
wird.

Nationalsozialisten, Deutschnationale und
Kommunisten hatten Anträge auf sofor-
tigen Zutritt des Reichs-
tags gestellt, damit er sich mit der Notver-
ordnung gegen die Verrohung des politischen
Kampfes beschäftigen könne. Der Reichstagsrat
hat diese Anträge, wie zu erwarten war,
abgelehnt. Die Sozialdemokratie, die
sich dieser Ablehnung angeschlossen, verkennt
zwar nicht, daß die weitgehende Einschrän-
kung der Versammlungs-, Presse- und De-
monstrationsfreiheit bedenklich ist. Das trifft

Dies ist ein Beispiel für viele. Wir könnten
sie beliebig vermehren.

In der Textilindustrie sind unter Zu-
grundelegung der gegenwärtig bestehenden
Arbeitszeit mindestens ein Viertel der Textil-
arbeiter überflüssig. Sie dürften auch bei
bester Konjunktur in den Betrieben ein
Unterkommen nicht finden können. Diese
Tatsache muß man sich doch einmal klar vor
Augen halten. Wenn es die Regierung ernst
meint mit der Bekämpfung der Arbeits-
losigkeit, dann dürfte es ja auch gelingen,
durch geeignete Maßnahmen, die zu einer
erheblichen Verkürzung der Arbeitszeit führen,
diese überflüssigen Arbeitskräfte wieder in
den Betrieb zu bringen. Der gegenwärtige
Zustand darf nicht aufrechterhalten werden;
er muß zum gesellschaftlichen
und menschlichen Zusammenbruch
führen.

Deshalb: Her mit der Verkürzung der
Arbeitszeit!

Allezeit reaktionär!

Der neunmal Kluge

Oswald Spengler, der Philosoph
des Bürgertums.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ veröffent-
licht in ihrer Osternummer die Äußerungen einiger
prominenter Persönlichkeiten, die ihrem Kreise
nahe stehen. Es wird wieder sehr viel über Ge-
meinschaft und Verantwortung gesprochen, ohne
daß indessen die Schreiber selbst eingestehen, daß
die Kreise, denen sie zugehören, am wenigsten
davon besitzen. Natürlich fehlt es auch nicht an
Ausfällen gegen die andere Seite. So orakelt
Oswald Spengler, jener der Industrie nahe-
stehende Schriftsteller, der das bekannte Buch
„Der Untergang des Abendlandes“ geschrieben
hat, folgendes:

„... es sei ihm ganz unmöglich, die Umfrage
der „D.A.Z.“ in dem gewünschten Rahmen zu
beantworten, denn hierzu benötige er mindestens
100 Seiten; so weitverzweigt und vielseitig seien
die Ursachen für die schlimmen Verhältnisse in
der ganzen Welt, die bei unserer übergroßen Ab-
hängigkeit vom Ausland gar nicht von uns
allein gebessert werden könnten.

Die Forderung von Karl Marx, daß jede
Arbeit nach ihrem Wert bezahlt werden müsse,
werde gerade von den Gewerkschaften aller
Länder heute vollständig verleugnet.

So habe z. B. Kohle, die unverkäuflich auf
den Halben liege, überhaupt keinen Wert und
ihre Förderung dürfe eigentlich auch nicht be-
zahlt werden. Karl Marx habe überhaupt nicht
in Rechnung gestellt, daß die farbigen Arbeiter
etwa für ein Zehntel der bei uns üblichen Löhne
arbeiten, und dabei gewannen die Industrien
der Kolonien immer mehr an Bedeutung. Wenn
Deutschland wirklich in dem Umfange
auf dem Weltmarkt seine Waren absetzen wolle,
daß seine Arbeitslosigkeit behoben werde,
woran es argwiesen sei, dann müßten die
heimischen Löhne ganz gewaltig herabgesetzt
werden. Andernfalls belämen wir im nächsten
Winter statt fünf Millionen sieben bis acht

Millionen Arbeitslose. Bei solchen Zahlen höre
dann jede Arbeitslosenversicherung von selbst
auf. Die Folge könne man sich ausmalen.“

Der Berliner, der ja ein ganzes Stück weg von
München wohnt, würde hier sagen: „Nachtigall,
ich hör' dir trampeln!“ Spengler ist in der Tat
eine von jenen Leuchten der Wissenschaft, die sehr
viel über Dinge sprechen, von denen sie nichts ver-
stehen. Er hat sich schon oft durch geradezu un-
verständliche Äußerungen bettet, die Lage der
Arbeiterklasse hervorgerufen. Aber der „Deutschen
Allgemeinen Zeitung“ ist es nur recht, solche
Äußerungen veröffentlichen zu dürfen; natürlich
weiß man auch, was sie wert sind.

Das alte Lied

„Arbeitszeitverkürzung bedeutet
Krisenverschleppung“.

Noch einmal müssen wir uns mit der „Deutschen
Allgemeinen Zeitung“ beschäftigen. Sie betrachtet,
nebenbei gesagt, es als ihre Hauptaufgabe, plan-
mäßig alles das herabzusetzen, was von den Ge-
werkschaften zur raschen Behebung der Arbeits-
losigkeit vorgeschlagen wird. Nachdem nun die
Frage der Arbeitszeitverkürzung aktuell geworden
ist, läßt sich die „Deutsche Allgemeine Zeitung“
von einem Egon Bandmann aus Hamburg
einen langen Artikel schreiben, in dem auf eine
geradezu lächerliche Art die Arbeitszeitverkürzung
als ein völlig schädliches Mittel be-
zeichnet wird. Es werden geradezu unfinstige
Fälle konstruiert, um dieses zu beweisen. Jedem
Abschüßigen der Wirtschaftskunde, so sagt der
Verfasser, müßten sie einleuchten. Nach den Dar-
legungen in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“
muß der Verfasser selbst noch ein blutiger An-
fänger in der Wirtschaftskunde sein, wenn er auf
Grund seiner Darlegungen, die rein willkürlich
sind, verlangt, daß man alles das, was er schrieb
für Ernst nehmen soll. Man kann nur die maß-
geblichen amtlichen Stellen, die ja auch dieses
Unternehmerblatt lesen, warnen, aus diesem Ar-
tikel ihre Kenntnisse über wirtschaftliche Zusam-
menhänge zu beziehen.

# Das Arbeitszeitgutachten

## Es erweckt keine großen Hoffnungen

Die Reichsregierung hat vor einiger Zeit eine Kommission eingesetzt und ihr den Auftrag gegeben, Vorschläge zur Milderung des Arbeitslosenlebens zu machen. Diese Kommission hätte eigentlich schon vor zwei Jahren eingesetzt werden müssen, als sich die fürchterliche Wirtschaftskrise bemerkbar machte. Sie hat mit der Empfehlung, die Arbeitszeit zu verkürzen, eine Anregung der Gewerkschaften aufgenommen. Allerdings in einer Form, die gerade nicht dazu angetan ist, große Hoffnungen zu wecken. Auf die Bedeutung des Gutachtens hinsichtlich der Textilindustrie haben wir bereits im Zeitrauftrag Bezug genommen.

### Die Vierzigstundenwoche

Nach den Kommissionsvorschlägen soll die Reichsregierung die Ermächtigung erhalten, „mit Zustimmung des Reichsrats für einzelne Gewerbebezüge oder Berufe nach Benehmen mit den Beteiligten die gesetzliche Höchstdauer der regelmäßigen werktäglichen Arbeitszeit bis auf 40 Stunden wöchentlich herabzusetzen“. Man wird die Tragweite dieses Vorschlages nicht übersehen dürfen. Er bedeutet nach Lage der Dinge, daß die Gesetzgebung in die Erörterung der 40-Stunden-Woche eintritt. Das will so viel heißen, als wenn irgendeine Regierung vor 30 Jahren die Forderung der Arbeiterpartei nach einem Achtstundentag aufgegriffen hätte.

Die Verkürzung der Arbeitszeit ist ohne Zweifel das wichtigste Mittel, den Arbeitsmarkt zu entlasten. Die Forderung wurde vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund vor Monaten aufgestellt. In der Zwischenzeit hat man Berechnungen darüber vorgenommen, wie sich eine Arbeitszeitverkürzung auf die Zahl der Arbeitslosen auswirken würde. Es handelt sich dabei um Wahrscheinlichkeitsberechnungen und Schätzungen.

Das Institut für Konjunkturforschung hält z. B. eine Verringerung des Arbeitslosenheeres um 1.500.000 Köpfe für möglich, wenn man die Arbeitszeit um acht Stunden auf 40 Stunden in der Woche ermäßigt.

Bei einer Verringerung um vier Stunden würde eine Entlastung um etwa 700.000 Köpfe eintreten. Das sind Ausichten, die auf jeden Fall ausgenutzt werden müssen. Voraussetzung dafür ist aber eine möglichst allgemeine Reduzierung der Arbeitszeit. Diese Voraussetzung hat die Gutachtkommission aus dem Auge verloren. Ihr Vorschlag will die Operation auf einzelne Gewerbebezüge oder Berufe beschränken. Auch legt der Vorschlag eine Verständigung mit den Beteiligten, also in der Hauptsache mit den Unternehmern voraus. Schon das muß den Erfolg beeinträchtigen! Weiter soll sich nach den Vorschlägen der Kommission die Ermächtigung der Reichsregierung für eine Arbeitszeitverkürzung nicht auf solche Betriebe erstrecken, die in der Regel weniger als zehn Arbeitnehmer beschäftigen. Damit werden große Teile der Arbeitslosen außerhalb der Verordnung gestellt. Stichproben ergeben, daß recht viele Arbeitslose aus solchen kleinen Betrieben stammen. Gewöhnlich sind das Betriebe — wir erinnern nur an die Handelsbetriebe —, die einen recht ansehnlichen Umschlag mit wenigen Arbeitskräften bewältigen und die ein Nachlassen des Geschäftes brutal zur Entlassung von Angestellten ausnutzen. Will man die Arbeitszeitverkürzung aber nur auf die Mittel- und Großbetriebe, die wohl an sich schon verkürzt arbeiten, beschränken, dann verringern sich die Ausichten auf einen allgemeinen Erfolg ganz bedeutend.

Aber das darf nicht davon abhalten, den Versuch zu machen. Die Reichsregierung wird auch schon in den nächsten Tagen die Erörterung dieses Vorschlages in Angriff nehmen.

### Ein technisches Problem

Mit Hilfe der Technik haben wir die Leistungsfähigkeit der Wirtschaftsmaschine gesteigert. Mit dem Warenüberschuß stellte sich aber ein Wachsen der Arbeitslosigkeit ein. Wir bezahlten die größere Leistungsfähigkeit in der Warenerzeugung mit einer fürchterlichen Krise auf dem Arbeitsmarkt, die darauf beruht, daß man mit weniger Arbeitskraft mehr Waren erzeugen kann. Im hochrationalisierten Nordamerika setzte sich in vielen Betrieben als Folge der Rationalisierung die Fünfstagewoche durch.

Darüber wirkte sich die Rationalisierung volkswirtschaftlicher aus; man beteiligte Arbeiter und Angestellte mehr an den Rationalisierungsgewinnen. In Deutschland rationalisierte man falsch und bestrafte den Arbeiter, der mehr leistete als früher, mit Lohnabzug.

### Planmäßige Konjunkturpolitik

Außer der Anregung, die Arbeitszeit zu verkürzen, enthält das Gutachten noch andere Empfehlungen. So will man gegen die Doppelbeschäftigung bei Beamten und Dauerangestellten vorgehen. Die Vorschläge liegen hier auf der von den Behörden bereits seit langem innegehaltenen Linie, die sich wohl in nächster Zeit schärfer ausprägen wird. Geteilter Meinung war die Kommission über die Beschäftigung von weiblichen Beamten und weiblichen Lehrern. Während der eine Teil der Kommission die Betroffenen durch hohe Abfindungen zum freiwilligen Ausscheiden bewegen will, schlägt der andere Teil vor, ganz allgemein Kündigung unter Gewährung von Abfindungen auszusprechen. Zu einem Beschluß ist man auch nicht bei den Pensionären gekommen. Es handelt sich hier um solche Pensionäre, die nebenbei noch Arbeit verrichten. Wenn man bedenkt, daß ehemalige Offiziere, die Staatspension beziehen, in der rechtseradikalen Agitation gegen den Staat bei sehr guter Bezahlung tätig sind, dann kann man nur bedauern, daß die Kommission hier keine bestimmten Vorschläge gemacht hat.

Wichtiger als diese Empfehlungen ist eine andere, die die Reichsbetriebe und Reichsverwaltung einschließlich Reichsbahn, Post und Reichsbank verpflichten will, ihre Aufträge so zu vergeben, daß man lange Arbeitszeiten und Ueberarbeit vermeiden kann. Man sollte meinen, eine solche Anregung wäre überflüssig. Das ist leider nicht der Fall. Gerade in den letzten Jahren hat man jede Planmäßigkeit in der Auftragserteilung durch die Behörden vermissen müssen. Amerika hat z. B. planmäßig keine Auftragserteilung für die Wirtschaftskrise aufgespart. Das macht sich wohlthuend bemerkbar. Amerika hat die Auftragserteilung in den Dienst der Konjunkturpolitik gestellt. Die Gewerkschaften haben seit Jahren etwas ähnliches von den Behörden gefordert, ohne ein offenes Ohr zu finden: Jetzt erst, unter Druck der Krise, kommt man dazu, die Bedeutung der gewerkschaftlichen Forderung für eine positive Konjunkturpolitik zu würdigen.

### Eine Reichsgerichtsentscheidung

Schadensersatzprozess der drei R. W. u. K. Betriebe in Hamburg gegen unseren Verband.

Das Reichsgericht hat am 31. März dieses Jahres folgendes Urteil gefällt:

„In Sachen Sternwollspinnerei Bahrenfeld gegen Deutschen Textilarbeiterverband hat das Reichsgericht das Urteil des 4. Zivilsenats des Oberlandesgerichts Hamburg vom 14. 2. 1930 aufgehoben und das Urteil der 1. Zivilkammer des Landgerichts Hamburg vom 28. 11. 1928, soweit es die Klage abweist und der Wiederklage zu 3 stattgibt, sowie im Kostenpunkte abgeändert.“

Der Klageanspruch wird dem Grunde nach für berechtigt erklärt.

Zur Entscheidung über den Betrag der Klageforderung, sowie über die Widerklage zu 3 und über die Kosten des Rechtsstreits, einschließlich der Kosten der Revisionsinstanz wird die Sache an das Landgericht zurückverwiesen.“

Wir fanden nun in der bürgerlichen Presse einen Bericht, zu dem noch hinzugefügt worden war, daß der Schadensersatzanspruch in vollem Umfange zugebilligt war. Davon kann natürlich gar keine Rede sein. Das Landgericht Hamburg wird an Hand des Schadensersatzanspruches erst zu prüfen haben, ob überhaupt ein Schaden entstanden ist und in welcher Höhe — wofür die Kläger beweispflichtig sind — und ob dieser Schaden nicht auch entstanden wäre durch den Beschluß der Kasseler Konferenz, der für die genannten Betriebe den Sympathiestreik beschloß, dem dann die Arbeiter der drei R. W. u. K. Betriebe durch Berufungsmittel begetreten sind, worauf der Sympathiestreik am 25. April 1927 in Kraft getreten ist.

### Bravo, Stuttgart!

In Stuttgart ergab die Betriebsrätewahl als vorläufiges Ergebnis 175 Mandate für den DGD, und in einem Betriebe als Hochburg der RGO. 2 Mandate für die RGO. In einem weiteren Betrieb versuchten Nazi Betriebsräte zu erobern, sie wurden von den beschäftigten Arbeiterinnen glänzend zurückgewiesen und erreichten kein Mandat. Unorganisierte sind bis jetzt von den Textilarbeitern keine für den Betriebsrat gewählt.

### Rationalisierung in der Treibriemenweberei

Mit dem Mittel der Stilllegung und Brotlosmachung.

Harburg — das Opfer.

Die Mechanische Treibriemenweberei und Seilfabrik Gustav Kunz A.-G. hat ihren Hauptbetrieb und Sitz in Treuen (Sa.). Die Gesellschaft ist jetzt zu einer rücksichtslosen Rationalisierungsmaßnahme, von der die Arbeiterschaft eines Zweigbetriebes in Harburg betroffen wurde, geschritten.

In dem Harburger Zweigbetrieb wurden noch vor ein paar Jahren etwa 100 Leute beschäftigt. Ganz allmählich kamen davon 50 Beschäftigte zur Entlassung. Am 1. März 1931 ist nunmehr die vollständige Stilllegung erfolgt. Einen Tag vorher waren die letzten 51 Beschäftigten zur Entlassung gekommen.

Die Harburger Treibriemenfabrik ist eine der ältesten dieser Branche in Deutschland. Die Maschinen sind zum Teil sehr veraltet, was die hauptsächlichste Veranlassung gewesen sein mag, daß die Kunz A.-G. gerade in Harburg stilllegte. So unterliegt es schon heute keinem Zweifel, daß ein Teil

der alten Treibriemenwebstühle unter das alte Eisen kommen wird.

Der Kunz A.-G. ist es natürlich ein leichtes, die in Harburg ausfallende Produktion auf ihre anderen Betriebe zu übernehmen. So ist bekannt, daß die noch brauchbaren Webstühle in Harburg zum Abbruch gelangen und im Werk Westerhausen bei Hannover zur Aufstellung kommen.

Auch hier ist es wie in allen ähnlichen Fällen, daß jene Belegschaften, die das Unglück haben, in veralteten oder technisch weniger ausgerüsteten Betrieben von Textillattengemeinschaften zu arbeiten, im Interesse der Rationalisierung und Intensivierung der Arbeit zugunsten der besser ausgestatteten Betriebe proflos gemacht werden.

### Ach so!

Reichenbacher Textilfabrikant spendet für den Stahlhelmkampffonds.

Der Arbeitsausschuß deutschnationaler Industrieller in Berlin erläßt einen Hilferuf an seine industriellen Freunde, zur Niederrichtung des Marxismus in Preußen bei der nächsten Landtagswahl doch einen „möglichst hohen Beitrag für den Preußen-Kampffonds“ zu zeichnen. Neben einer ganzen Anzahl von Fabrikanten, Generaldirektoren, geheimen und nicht geheimen Kommerz- und anderen Räten prangt unter diesen Namen auch der Fabrikant und Handelsgerichtsrat Alfred Dietel, Reichenbach, der als Vertrauensmann der Reichenbacher und vogtländischen Industriellen diesen Aufruf unterzeichnet hat.

Ja, die Herren Textilfabrikanten brauchen Geld, um es für den unflinigen Zweck, den es geben kann, zu verpulvern. Daher rührt auch ihre Sucht, nicht mit dem Lohnabbau Schluss machen zu können; denn für die „Niederrichtung des Marxismus“ braucht man die nötigen Mittel. Die Reichenbacher Textilarbeiter wissen nun wenigstens, warum sie nicht mehr als 27 bis 28 Mk. in der Woche verdienen dürfen.

## Nationalsozialistische Moral in Theorie und Praxis

„... Wir stellen die Moral in die Ecke“

Die ehrlichsten Gegner der Gewerkschaften, überhaupt der sozialistischen Bewegung, sind die Unternehmer. Sie kämpfen als Klasse, für die kapitalistischen Privilegien. Sie wollen die Gewerkschaften vernichten, um möglichst weitgehend wieder als absolute „Herren im Hause“ die Arbeitsbedingungen diktieren, die Sozialpolitik auf das ihren Klasseninteressen zweckdienlich erscheinende Maß beschränken zu können. Sie machen daraus kaum ein Hehl. Alle anderen Gegner der Gewerkschaften, ganz gleich, welche Motive und Gründe sie anführen, agieren immer nur als Agenten des Kapitals. Treiben mit den Arbeitern falsches Spiel. Am unehrlichsten, verlogensten, pharisäerhaftesten die Nationalsozialisten.

Sie fügen und verleumden aus Prinzip. Die Gewerkschaften werden von ihnen bekämpft, weil sie dem Kapital unbequem sind, weil das Unternehmertum in den Gewerkschaften die wirtschaftliche Hauptkampfmacht der Arbeiterschaft kennengelernt hat. Wie untrennbar mit dem Kapitalismus, mit den schlimmsten Ausbeutern, mit den „weißen Juden“, sich die Nazis verbunden fühlen, dokumentiert der Moraltheoretiker Blant als Antisemiterich mit folgendem Bekenntnis:

„Gewiß ist der weiße Jude oftmals schlimmer, aber mit ihm haben wir wenigstens eins gemeinsam: das Blut...“

Wißt der „weiße Jude“ wegen seines deutschen Blutes das Privilegium, schamloser, brutaler als der Rassenjude deutsches Proletariatsblut auszubeuten, ohne deshalb auf Nazibrüderlichkeit verzichten zu müssen. Aber die deutschen proletarischen Blutsgenossen, die gegen die Ausbeutung der „weißen“ und „schwarzen“ Juden sich durch ihre Gewerkschaft zur Wehr setzen, werden von den Hakenkreuzlern für vogelrei erklärt. Für Klassenbewußte Proletarier gilt der Ritt deutschen Blutes nicht, sie werden, wo es geht, von den Nazibrüderbrüdern in kapitalistischen Diensten gefüllt. Täglich wird von Nazis deutsches Arbeiterblut vergossen, Ausbeuterblut aber ist ihnen heilig. So verlangt es das Interesse des „arischen“ und des „jüdischen“ Kapitals. Die Nazilogik ist ebenso brüchig wie ihre Moral und Ethik. Hören wir, was der Naziführer Herbert Blant in seiner Schrift „Weichhändler Mensch“, der auch das vorstehende Zitat entnommen ist, darüber als Prinzip und als Anleitung für die Nazis feststellt:

„... Lassen wir auch alle Karitas beiseite. Es verurteilt die Gebräuel von der Menschheit (diesem „zoologischen Begriff“ nach Goethe) und stellen wir die Moral in die Ecke...“  
Zum Teufel mit Humanität, Menschlichkeit und Moral! Das ist alles nichts für unsere Erneuerer. Im Kampfe gegen die Gewerkschaften kann man das nicht gebrauchen. Da sind alle Mittel der Lüge und Verleumdung erlaubt, weil zweckdienlich für die Diktatur des Kapitals. Der Weichhändler der Nazimoral kündigt weiter:

„... Für Calvin ist jeder Erfolg gottgegeben, für uns nur der, der für die (Nazl. D. B.) Gemeinschaft errungen wird. Da ist alles, aber auch alles erlaubt, wenn es nur zum Erfolg führt...“

Was die Naziführer über die Gewerkschaften schwindeln, ist nicht Ausdruck einer Ueberzeugung, sondern, nach eigener Befundung, lediglich Zweckmittel, um dem Kapital im Kampfe gegen die Arbeiterorganisationen gut belohnte Helfersdienste zu leisten.

Von der Warte der Nazimoral und -ethik diktiert Blant, daß die Nazis gewissenlos sein müssen und vor keinem Blutergießen zurückstehen dürfen. Ein englischer Blumenhändler ist ihm leuchtendes, nachahmenswertes Vorbild. Er schreibt:

„Warren Hastings... Er kannte nicht das, was die Moraliter Gewissen nennen möchten und doch nur Ausrede ist. Seine Hände waren voll Blut, indes sein Herz gelassen schlug. Nur so entstehen Weltreiche, die um des Raumes und der Beute willen gerast werden.“

Wäger der Nationalismus von ihm die Härte nehmen und die Furchtlosigkeit, Blut zu sehen...“

Nicht zu leugnen: Diese Lehren haben bei den Nazis sehr fruchtbaren Boden gefunden. Ihre Gewissenlosigkeit steht außer jedem Wettbewerb; das Rassen entwickeln sie zu einer Meisterleistung, sie feiern Orgien im Vergießen deutschen Proletariatsblutes.

Die Schrift des Herrn Blant ist in einem Naziverlag erschienen. Die hier herausgestellte Moral- und Ethiklehre ist von der Nazileitung anerkannt; nirgends wurde ihr widersprochen. Es gibt keine Lumperei, die durch diese Grundzüge nicht legitimiert würde.

Arbeiter, die sich von den Schwindeleiern der Naziführer, die sich antikapitalistisch gebärden, Sozialisierung versprochen, haben einfangen lassen, werden die Gemeinschaft mit solchen offenkundigen Volksbetrügern lösen. Sie müssen erkennen, daß sie von Leuten mit prinzipieller Gewissenlosigkeit, mit solcher Verachtung der proletarischen Solidarität und solcher Verlogenheit nur als Objekte ihrer perfiden und ungewissenhaft arbeiterfeindlichen Interessen mißbraucht werden. Nun machen die Nazis intensive Versuche, in den Betrieben Zellen zu bilden. Von der Leitung sind dazu sehr eingehende Anweisungen herausgegeben worden. Mit diesen Zellen sollen die arden Vereine, die sich als Streikbrüderorganisationen nicht ausreichend bewährt haben, ersetzt werden. Auch hier wird mit Lüge, Betrug und Verführung der wahren Absichten und Zwecke gearbeitet. Stellen wir die Moral in die Ecke“, sagt der Naziführer Danach werden nun auch die bisher glaubigen proletarischen Mitläufer im Hitler-Trick die Zellenmacheri und die ganze Gewerkschaftsbewegung der Hakenkreuzapostel mit Graven, Generalen, Großgrundbesitzern und Fabrikanten um Fuhrerlinge richtig einzuschlagen wissen. Wilhelm Däumel

Wirtschaftsjahr 1930 in der Textil-Industrie Großbritanniens

Im Jahre 1930 nahm auch in Großbritannien die Arbeitslosigkeit fortwährend und stark zu und es herrschten Lohnsenkungen vor. Dazu kam ein Rückgang der industriellen Produktion...

Die Indexziffer der industriellen Produktion, die auf der Grundlage des Jahresdurchschnitts von 1924 (= 100) ermittelt wird, war 1927 auf 107 gestiegen, 1928 ging sie auf 105 zurück und 1929 betrug sie 111...

Am deutlichsten kommt die Wirtschaftskrise in der Statistik der Arbeitslosigkeit zum Ausdruck. Von den gegen Arbeitslosigkeit versicherten Personen waren im Jahresdurchschnitt 1927 9,7 Proz. arbeitslos, 1928 10,8 Proz., 1929 10,4 Proz., 1930 aber 16,1 Proz. Am Jahresende 1930 hatte der Arbeitslosenstand 20,2 Proz. erreicht...

In Großbritannien und Nordirland unterstanden Mitte 1930 12 405 700 Personen der Arbeitslosenversicherung. Davon trafen auf die

Table with 4 columns: Industry, Männer, Frauen, Zusammen. Rows include Baumwollindustrie, Wollen- und Kammmüllindustrie, Seidenindustrie, etc.

Zeit Mitte 1929 hat die Zahl der gegen Arbeitslosigkeit versicherten Personen in den meisten Zweigen der Textilindustrie zugenommen. Eine Abnahme weist nur die Spinnindustrie auf.

großen Arbeitslosigkeit waren vielmehr 1930 erheblich weniger Personen in den Betrieben tätig als 1929.

In der Baumwollindustrie zum Beispiel gab es Ende 1929 79 663 Arbeitslose, Ende 1930 aber 267 428, darunter 139 069 Vollarbeitslose und 128 359 zeitweise Arbeitslose...

In der Wollen- und Kammmüllindustrie wurden Ende Dezember 1929 35 315 Arbeitslose und Ende Dezember 1930 66 511 Arbeitslose gezählt...

In der Wirkwarenherzeugung herrschte zu Beginn des Jahres eine ziemlich gute Wirtschaftskontunktur, die sich hernach vorübergehend verschlechterte, aber in den letzten Monaten wieder besserte.

zenber waren 33,1 Proz. überhaupt arbeitslos und 15 Proz. vollarbeitslos.

An Lohn erhöhungen waren 1930 760 000 Arbeitnehmer beteiligt, an Lohnsenkungen dagegen 1 098 000 Arbeitnehmer. Schon seit 1921 sind die Lohnsenkungen bedeutend umfangreicher als die Lohn erhöhungen...

Die Streikbewegung war 1930 von geringem Umfang. An 415 Arbeitseinstellungen in allen Wirtschaftszweigen waren 308 000 Arbeiter beteiligt.

Die Maßziffern der Großhandelspreise und der Kosten der Lebenshaltung sanken. Werden die abgewogenen Durchschnittspreise im Jahre 1924 als Ausgang genommen...

Table with 3 columns: Year, Großhandelspreise, Lebenshaltungs-kosten. Rows for years 1924-1930.

Die Maßziffer der Großhandelspreise ist seit 1924 um 26 Einheiten gesunken, die Maßziffer der Lebenshaltungskosten, die ungefähre die Schwankungen der Einzelhandelspreise...

Nachmachen!

Die gemeinwirtschaftlichen Betriebe voran!

Die Büchergilde Gutenberg, die sich infolge ihres ausgedehnten literarischen Programms und ihrer vorbildlichen buch künstlerischen Arbeit ein lebhaftes allgemeines Interesse gesichert hat...

Aus der Textilindustrie

9 Proz. Dividende in Liegnitz Die Wollwarenfabrik „Mercur“ in Liegnitz wird für das Geschäftsjahr 1930 auf das 2,028 Millionen Mark betragende Aktienkapital eine Dividende von 9 Proz. laut Aufsichtsratsbeschluss auszahlen.

Wirtschaftsnotizen

Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit und Lohnlage in den USA.

(IGB.) Von verschiedenen Seiten ist im Laufe des letzten Jahres festgestellt worden, daß die Wirtschaftskrise in den Vereinigten Staaten noch viel schlimmere Formen angenommen hätte, wenn es nicht auf breiter Front gelungen wäre...

wäre, den Rückgang der Löhne einigermaßen einzudämmen. Auf die Dauer scheint jedoch dieses Bestreben auf immer größeren Widerstand zu stoßen.

„Wir haben“, so sagt Green, „den Höhepunkt der Krise überwunden.“ Immerhin rechnet Green für die kommenden Monate noch nicht mit einer wesentlichen Besserung der Lage.

Kampagne zugunsten der Verkürzung der Arbeitszeit

Neuseeland für die 36-Stunden-Woche.

(IGB.) Auch in Neuseeland gibt die Arbeitslosigkeit zu den größten Besorgnissen Anlaß. Regierungsinstanzen, Unternehmer- und Arbeiterorganisationen bringen die verschiedensten Mittel und Methoden in Vorschlag...

„Die Arbeiterbewegung Neuseelands“, so schreibt „The New Zealand Transport Worker“, „muß deshalb ihr Programm entsprechend ergänzen. Angesichts der gegenwärtigen Produktionsweise ist uns mit bloßen Notstandsarbeiten, mit Arbeitslosenunterstützungen und ähnlichen „sozialen Pflastern“ nicht geholfen.“

Briefkasten

U. B. Albtal. Vielen Dank für deine Zuschrift. Wie du aus dem „Textil-Arbeiter“ ersehen haben wirst, wird schon seit langem gegen diese Bewegung, die ja nicht nur das Albtal angeht, ein heftiger Kampf geführt.

Bekanntmachungen des Vorstandes

Sonntag, 18. April ist der Beitrag für die 16. Woche 1930

Anlässlich meiner 25jährigen Tätigkeit als Verbandsangestellter sind mir aus Mitgliederkreisen so viel Wünsche und Anerkennungen übermittelt worden, daß es mir unmöglich ist jedem einzeln zu danken.

Unsere bisherigen Fernsprechnummern haben sich geändert. Wir sind jetzt zu erreichen unter der Sammelnummer E 7 Weichsel 4071.

Adressenänderungen

Gau Augsburg. Nehau: V. Paul Dittmar. Am Sattelberg 8. K. Georg Meyer. Alle Sendungen an Meyer.

Waldmünchen: V. Singsz Trügler, Schützenstr. 11.

Gau Bamern. Herbede i. B.: V. Demtröder wohnt Auf dem Schnee 134, Post Witten. (Ohne „bei Herbede i. B.“)

Gau Dresden. Zwickau: V. Arthur Wächter, Glaudaer Str. 88.

Gau Stuttgart. Lauffen a. N.: V. u. K. Gottlob Harigel, Charlottenstr. 13. Sulz a. N.: ist zu streichen.

Verantwortlicher Redakteur: Hugo Treffel in Berlin. - Verlag: Karl Schröder in Berlin, Remeter Str. 89. - Druck: Servatius Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer in Berlin.

Sünden unserer Zeit!

„Jedem Deutschen eine gesunde Wohnung“



Diese Verheißung befindet sich in der Reichsverfassung. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Die Wohnungsnot ist in Deutschland nach wie vor sehr groß.

groß. In einer Befragung des B. T. „Die Brücke“ befindet sich durchschlagendes Material darüber. Aus demselben ergibt sich folgendes Bild:

13 232 000 Menschen bewohnen weniger als einen ganzen, aber mindestens einen halben Raum.

teilen also bis zu zwei Personen einen sogenannten Raum. Die Küche ist als Wohnraum mitgerechnet. 2 512 000 Menschen bewohnen zu zwei bis drei Personen einen Raum. 4 789 000 bewohnen zu drei bis vier Personen einen Raum. 69 109 Personen bewohnen zu mehr als fünf Personen einen einzigen Raum. Eine Million Familien sind ohne eigene Wohnung und wohnen als Untermieter.

In Berlin lebt die Hälfte aller kinderreichen Familien in Wohnungen, die von Staats wegen als überfüllt bezeichnet werden. In der Provinz sind täglich in den Straßen und Parks zu erblicken Tag für Tag mehr als 10 000 junge Lebewesen des Volks ohne ein Wort von vier ungesunden, engen Eltern im Hause. In denen ohne einen eigenen Raum leben für einen einzigen Meter im Quadrat hundert Personen sich zusammenschlingern. In diesen Schlafen, Wachen und oft auch überarbeitet, Hunger und Müde, Knebeln und alle Not der menschlichen Lebens auf unerbittlich engem, verengtem Raum sich zu bewegen.

Von etwa 2100 Menschen, die täglich in Deutschland sterben, schließen Tag für Tag 700 bis 1000 ihre Augen in der gleichen Atmosphäre der Not. Und in derselben dunklen stickigen Enge spielen sich für zwanzig oder mehr Millionen Menschen die Jahre ab, die zwischen Geburt und Tod liegen.

Die Tuberkulose ist die „Wohnungskrankheit“ unserer Zeit. Von denen, die in Berlin daran in ihren Wohnungen starben, wohnten 40 Proz. in Einzimmerwohnungen und 42 Prozent in Zweizimmerwohnungen. Das erscheint nicht als Zufall, wenn man sieht, was eine Rundfrage bei den Fürsorgestellen ergab: Von 64 000 Kranken mit offener Tuberkulose haben 16,7 Proz. wegen Raum mangels kein eigenes Bett. Aus dem Berliner Stadtteil Neukölln: Von den gesamten Tuberkulösen hat nur ein Viertel einen eigenen Schlafraum; 31 Proz. teilen das Schlafzimmer mit Erwachsenen, 38 Proz. mit Kindern. Für einen Quadratmeter oder Kubikmeter Wohnung aber muß der Arbeiter wesentlich mehr zahlen als der Beamtete, trotzdem er ungleich weniger Luft und Sonne, weniger hygienische Qualität und Bequemlichkeit, Unterkunft in einer ungleich schlechteren Wohngegend erhält als der Reiche, der „Großabnehmer“ des Verkäufers der Ware Wohnung.

So sieht es mit den Wohnungsverhältnissen in Deutschland aus. Trotzdem feiern von den 70 000 deutschen Bauarbeitern ungefähr drei Viertel. Welche blühende Industrie wäre hier zu entwickeln, wenn von den verantwortlichen Stellen die Hemmungen ausgeschaltet und der Baumarkt angekurbelt werden könnte. Welcher Krisentheoretiker zeigt hier einen Ausweg?

## Gewerkschaften und Partei

### Der Sozialistische Frauentag und die Arbeiterinnen

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands veranstaltet in der Zeit vom 12. bis 24. April eine großzügige Propaganda zur Gewinnung neuer Mitglieder aus den Reihen der Frauen und zur Festigung des Glaubens an die siegreichen Ideen und an den Erfolg der Bestrebungen der Partei in den Reihen der bereits gewonnenen Mitglieder. Die Gewerkschaften unterstützen diese Propaganda. Sie wenden sich deshalb an ihre weiblichen Mitglieder und an die übrigen Arbeiterinnen mit der dringenden Bitte:

#### Folgt dem Rufe der Sozialdemokratischen Partei!

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und die Sozialdemokratische Partei sind eins in dem Streben, die Lebensbedingungen der sozial am ungünstigsten stehenden Bevölkerungsschicht besser zu gestalten. Beide müssen, daß dies Streben nur dann Erfolg haben wird, wenn die große Masse der heillosen und auf Erwerbsarbeit angewiesenen Bevölkerungsschicht durch Zusammenschluß sich eine Machtposition geschaffen hat, deren Willen die Gegner des wirtschaftlichen, geistigen und gesellschaftlichen Aufstiegs der Arbeiterklasse Rechnung tragen müssen.

Die Gewerkschaften können ihre, vornehmlich Gegenwartszielen dienenden Aufgaben nur erfüllen, wenn die politischen Voraussetzungen dazu gegeben sind. Sie bestehen in dem Recht, sich organisieren und den Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen führen zu können, ohne daß der Staat mit seinen Machtmitteln einseitig zugunsten der bestehenden Schichten der Bevölkerung eingreift.

Erst der Einfluß der Sozialdemokratischen Partei auf die Gestaltung des politischen Lebens hat diese Voraussetzung geschaffen.

Erst der Einfluß der Sozialdemokratischen Partei hat auch ermöglicht, daß die Frauen Anteil nehmen können an der Gestaltung ihrer Lebensbedingungen.

#### Das Wahlrecht verdanken die Frauen der Sozialdemokratischen Partei.

Die Sozialdemokratische Partei hat jahrzehntelang als einzige politische Partei die politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung der Frauen vertreten und gefordert. Sie hat das Frauenwahlrecht zu durchsetzen den öffentlichen Rechts durchgesetzt, als sie nach dem 9. November 1918 zu größerem politischen Einfluß gekommen war. Erst seit dieser Zeit bemühen sich auch die anderen Parteien um die Gunst der Frauen. Alle Parteien werben jetzt um ihre Sympathie, weil sie die Stimmen der Frauen haben wollen zur Durchsetzung ihrer Absichten, denn

die Frauen bilden die Mehrzahl der Wähler.

Wie weit der Ausfall von Wahlen auf die Lebensbedingungen der Bevölkerung Einfluß ausüben kann, haben

#### Die Reichstagswahlen vom 14. September 1930

bewiesen. Sie haben durch den Stimmenzuwachs der radikalen Parteien, der Nationalsozialistischen und Kommunistischen Partei, den Gegnern des Aufstiegs der Arbeiterschaft einen erheblichen Teil der Macht zurückerobert, den sie in der Vorkriegs-

zeit besaßen, aber durch die Revolution verloren hatten.

Die Folgen davon zeigen sich uns in den erfolgreichen Versuchen auf Abbau der Einrichtungen, die in der Nachkriegszeit entweder erst geschaffen oder erheblich ausgebaut worden sind und die der wirtschaftlich schwächsten Bevölkerungsschicht Schutz bieten sollen gegenüber den Machtfaktoren im Wirtschaftsleben und in dem durch die Kriegsfolgen schwieriger gewordenen Kampf ums Dasein.

Der Lohnabbau wird seit dem 14. September mit Hilfe der staatlichen Schlichtungsstellen gefördert. Die Arbeitslosigkeit ist erheblich größer geworden. Die Forderungen der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei auf

#### Verkürzung der Arbeitszeit durch Gesetz

stoßen auf härtesten Widerstand.

Dagegen findet sich eine Mehrheit für die Forderung:

#### Abbau der Sozialpolitik und der Wohlfahrtspflege.

An die Stelle einer Politik, in der die Sorge um die wirtschaftlich Schwachen eine wesentliche Rolle spielt, ist eine Politik der Konzeptionen an

diejenigen Interessentengruppen getreten, die aus der Not der Zeit Vorteile auf Kosten der großen Masse der auf Erwerbsarbeit angewiesenen Männer und Frauen für sich ziehen wollen. Die Verbitterung und Mutlosigkeit in der Arbeiterschaft, herbeigeführt durch die große Not und durch die von verantwortungslosen Personen und Parteien betriebene Verhöhnung, bietet ihnen für ihre Absichten günstige Ausblicken auf Erfolg.

Diesem Erfolg will die Sozialdemokratische Partei entgegenwirken durch die geplante Propaganda unter den Frauen, sich ihr anzuschließen und für ihre Aufgaben und Ziele zu werben und zu wirken.

Wenn die Gewerkschaften an ihre weiblichen Mitglieder und darüber hinaus an alle Arbeiterinnen den Appell richten, dem Werberuf der Sozialdemokratischen Partei Folge zu leisten, so tun sie es aus der Überzeugung heraus, die sich auf vielfältige Erfahrung stützt, daß die Arbeiterinneninteressen am besten von der Sozialdemokratischen Partei vertreten werden und ferner, weil ihre Absichten sich begegnen mit denen der Gewerkschaften.

#### Ihr Ziel ist:

#### Bessere Lebensbedingungen für die wirtschaftlich Schwachen.

#### Arbeiterinnen! Beteiligt euch am Sozialistischen Frauentag!

## Frauen in der Gewerkschaft

Die Rolle der Frauen in den deutschen Gewerkschaften. Die „Gewerkschafts-Zeitung“, das Wochenorgan des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB.), veröffentlicht eine eingehende Studie über den Stand der gewerkschaftlichen Erfassung der Frauen. Es geht daraus hervor, daß in den letzten Jahren ein stichtlicher relativer (die Organisationen der Berufe mit wenig Frauenarbeit sind stärker gewachsen) Rückgang der weiblichen Mitgliedschaft festzustellen ist: 1924 = 19 Proz., 1925 = 17,2 Proz., 1926 = 16 Proz., 1927 = 15,4 Proz., 1928 = 15,2 Proz., 1929 = 14,5 Proz. Im Jahre 1929 war jedoch der Rückgang auch ein absoluter: Die Gesamtmitgliedschaft des ADGB. ist um über 80.000 gewachsen, wobei die Zahl der weiblichen Mitglieder um über 20.000 gesunken ist. Von den 7 Verbänden, in denen die Frauen, sei es die Mehrheit (Tabakarbeiter, Buchbinder, graphische Hilfsarbeiter, Hutarbeiter, Textilarbeiter), sei es nahezu die Hälfte der Mitglieder bilden (Bekleidungsarbeiter, Schuhmacher), haben nur drei (Tabakarbeiter, Buchbinder, Schuhmacher) die ihnen eigene günstige Entwicklung der letzten Jahre fortgesetzt.

Fragt man nach den Ursachen dieser Entwicklung, so kann festgestellt werden, daß, abgesehen von den durch technische Umstellungen bedingten Schwankungen in der Beschäftigung von Arbeiterinnen (wobei vermehrte und verminderte Frauenarbeit in Betracht kommen), alle Kräfte auf dem Arbeitsmarkt stärker auf die weibliche Mitgliedschaft drücken. Alle Aktionen der

Unternehmer, wie überhaupt alle Bedrücknisse der Arbeiterschaft, wirken sich viel nachhaltiger im weiblichen als im männlichen Mitgliederstand aus, weil die Frauen viel stärker die Bindungen zur Gewerkschaft von Augenblickserfolgen abhängig machen als die Männer.

Die „Gewerkschafts-Zeitung“ zieht nach zahlreichen Feststellungen für einzelne Berufe, die beim jetzigen Stand der Statistik auf diesem Gebiete noch kein genaues Bild der Ursachen und Wirkungen geben können, nachstehende Schlussfolgerung: „Wären die Verhältnisse in verschiedenen Verbänden sich stark voneinander unterscheiden, das eine scheint für alle Verbände zu gelten: Die Frauen nehmen, rein zahlenmäßig betrachtet, in der gewerkschaftlichen Mitgliedschaft nicht die Stellung ein, die ihrem Anteil an der Lohnarbeit entspricht. Und vor allem, selbst soweit sie organisiert sind, nehmen sie bei weitem nicht ihrer zahlenmäßigen Stärke in der Verbände ihrer zahlenmäßigen Stärke in der Verbandsmitgliedschaft entsprechend an dem Innenleben der Gewerkschaften teil. Die Verbände sind jedoch in den letzten Jahren immer mehr bestrebt, dem abzuwehren, d. h. die weiblichen Mitglieder gewerkschaftlich zu schulen und sie zu einer aktiven Teilnahme an der Bewegung, insbesondere zur Ausübung von Ehrenämtern, heranzuziehen.“

Großbritannien. Gewerkschaftliche Propaganda unter den Frauen. (IFB.) Der Generatrat des Britischen Gewerkschaftsbundes (TUC.) hat sich in den letzten Jahren insbesondere auch mit der ge-

werkschaftlichen Propaganda unter den Frauen befaßt. Nach intensiver örtlicher Arbeit und der Abhaltung verschiedener Distriktskonferenzen fand kürzlich eine von 88 Delegierten besuchte Jahresversammlung von Vertretern von Organisationen mit weiblichen Mitgliedern statt. Bei dieser Gelegenheit wurde die Notwendigkeit einer ununterbrochenen Propagandaaufgabe während des ganzen Jahres unterstrichen und die Möglichkeit in Erwägung gezogen, daß Interesse der Frauen durch die vermehrte Uebertragung verantwortlicher Arbeit zu steigern. Dieser wichtige Beschluß soll natürlich nicht bedeuten, daß es ein unabhängiges Recht der Frauen ist, spezielle Vertretungen zu haben, weil es sich dabei um Frauen handelt, sondern es soll dadurch erreicht werden, daß die Frauen einen aktiveren Anteil an der ganzen Gewerkschaftsarbeit nehmen und so — nicht als Frauen, sondern als Gewerkschaftsfunktionäre — ihren Platz bei den Bestrebungen auf gewerkschaftlichem Gebiet, bei der Verwaltung der Gewerkschaften usw. einnehmen.

#### Rücksicht

Die Frau trägt das neue Geschlecht. Wie wir die Frau im Wirtschaftsleben behandeln, so behandeln wir die Zukunft. Hier geht's nicht um schöne Worte, sondern um Tat. Und da versagt das Arbeitsleben dieser Wirtschaftsordnung vollständig. In grenzenloser Rücksichtslosigkeit wird die Frau gegen ihr Wesen und ihre Eigenart in den Zwang schwerer Arbeit gepresst.

An Hand der Arbeitsleistung im Sportlichen hat man die Gefahren der schweren körperlichen Anstrengung während der Menstruation der Frau nachgewiesen. Regelmäßige schwere Arbeit der Frau auch während der monatlichen Regel führt zu einem „vorzeitigen Absinken der Leistungen“ der einzelnen Frau. „Die Kraftreserve, die jede Frau ständig sich erhalten sollte, wird erschöpft.“ Und ist solch „frühzeitiger Kraftverbruch“ und solche „Vergebung der Leistungsfähigkeit“ darum nicht ein Verbrechen an der Zukunft und am neuen Geschlecht?

Aber da hängen sie um Geburtenreichtum und Massenwachstum. Bequeme Sorgen! Verschafft der Frau das soziale Leben, das das neue Geschlecht von ihr verlangt!

## Lenzestrost

Es, jetzt kommt uns die schöne Zeit  
der kleinen Vöglein Gesang.  
Es grünet wohl die Linde breit,  
vergangen ist der Winter lang.  
Nun sieht man sprossen Blümlein  
von schöner Art und buntem Schein.  
Das macht gar manches Herzje froh:  
voll Hoffnung soll auch meines sein.

Dietmar von Rist

## Eine Ehe kann angefochten werden, wenn . . .

Von Dr. jur. Steffen Kann.

Die Ehe ist nicht nur eine Liebesgemeinschaft, sondern auch eine Lebens-, Tat- und Rechtsgemeinschaft. Ein Vertrag zwischen zwei Menschen, auf ein Leben bemessen. Jeder der Verlobten hat das Recht, vor Eingehung der Ehe Aufklärung zu verlangen, um sich ein Bild von der moralischen, sittlichen und körperlichen Beschaffenheit des anderen machen zu können. Täuscht er sich oder wird er getäuscht, so soll er nach dem Willen des Gesetzgebers frei sein. Eine Pflicht zur Offenbarung, die am ehesten dem Wesen der Ehe entspricht, hat der Gesetzgeber nicht aufgestellt, aber es besteht eine Verpflichtung zur Wahrheit, d. h. zur wahrheitsgemäßen Aufklärung auf die Fragen des anderen.

Tatsachen, die sich nach Eheabschluß ereignen haben, berechtigen zur Scheidung. Tatsachen, die vor Eheabschluß liegen, geben unter den Voraussetzungen der §§ 1333, 1334 ff. eine Anfechtungsmöglichkeit der Ehe, die auf landgerichtlicher Klage zur Nichtigkeitserklärung führt.

Nach § 1333 BGB. kann eine Ehe von demjenigen angefochten werden, der sich über persönliche Eigenschaften des anderen Ehegatten geirrt hat, die ihn bei Kenntnis der Sachlage und bei verständiger Würdigung des Wesens der Ehe von der Eingehung der Ehe abgehalten haben würde.

Nach § 1334 kann die Ehe angefochten werden, wenn der Anfechtende durch arglistige Täuschung über solche Umstände zur Eingehung der Ehe bestimmt worden ist, die ihn unter den gleichen Voraussetzungen, wie sie oben zitiert worden sind, von der Eingehung der Ehe abgehalten haben würden.

Pflicht der Richter ist es, bei Auslegung dieser Bestimmung darauf hinzuwirken, ein Lostommen zu ermöglichen, während andererseits den Versuch ein Riegel vorgehalten werden muß, bei Nichtvorhandensein von Ehehindernissen auf Dinge zurückzugreifen, die in der Zeit vor der Eheschließung liegen, um auf diese Weise von einer unympathischen Ehe freizukommen.

Voraussetzung der Anfechtung wegen Irrtums ist der Irrtum über persönliche Eigenschaften körperlicher, geistiger oder sittlicher Art. Anerkannt durch die Rechtsprechung als Anfechtungsgründe sind beispielsweise folgende: schweres, unheilbares Leiden geistiger und körperlicher Art (Lungenleiden, Epilepsie) wobei in allen Fällen auch die Frage der Ererblichkeit eine Rolle spielt. Mangel an Unberührtheit der Frau, verschwiegene Mutterchaft, geblühende Strafe, wenn der übte Ruf weiterbesteht. Trunksucht, Spielwahn, Hang zur Lüge.

Ganz auf den Einzelfall ist abzustellen: Zeugungsunfähigkeit des Mannes und Unfruchtbarkeit der Frau, Fälle, die eine besonders vorsichtige Behandlung erfordern, da die Ehe nicht nur zur Kindererzeugung abgeschlossen wird.

Dagegen berechtigen nicht zur Anfechtung: entehrende Vorstrafen naher Verwandter, vorübergehende Krankheiten des Gemüths, geheilte Krankheiten ohne Nachwirkung, vorhehliche Beziehungen des Mannes. Gerade in der Frage des erotischen Vorlebens der Ehegatten hält das Reichsgericht an der verschiedenartigen Behandlung der beiden Geschlechter fest unter Hinweis auf die Einstellung der breiten Masse des Volkes. (I. D. Red.)

Der § 1334 setzt arglistige Täuschung über Umstände, nicht nur über Eigenschaften voraus. Schweigen genügt hier nicht. Umstände: fast derselbe Kreis von Tatsächlichkeiten, die, übertragen

auf persönliche Eigenschaften, zur Anfechtung berechtigen. In beiden Fällen muß für die Anfechtbarkeit der Ehe die richterliche Feststellung hinzukommen, daß bei Kenntnis der Eigenschaften oder der Tatsache ein vernünftiger Mensch die Ehe nicht eingegangen wäre.

Eine schwere Entscheidung, weil sich der Richter in das Seelenleben der Parteien zur Zeit des Eheabschlusses hineinversetzen muß.

Dazu ein doppelter Maßstab: einmal der sachliche, der der generellen Einstellung der Gesamtheit der Menschheit in einem solchen Falle, und zwar unter Berücksichtigung auch der Auffassung des Bevölkerungstreffes und der gesellschaftlichen Schicht, in der die Ehegatten leben. Dadurch soll die Laune, das Uebertriebene in der Auffassung des einzelnen, ausgeschlossen werden. Gleichzeitig aber auch daneben die Bewertung vom Standpunkte der klugen Einzelpersönlichkeit, die aus seinem sonstigen Verhalten, seiner Ehrenhaftigkeit, seiner stärkeren oder schwächeren sittlichen Gesamteinstellung geschöpft werden muß.

Irrtum und auch selbst die Täuschung über finanzielle Verhältnisse bilden nach der ausdrücklichen gesetzlichen Bestimmung keinen Anfechtungsgrund, obwohl gerade hier sehr oft durch Vorspiegelungen und Färbungen vor der Ehe dem anderen Teil Verhältnisse vorgegaukelt werden, die Ursache sehr vieler unglücklicher Ehen sind.

Der Gesetzgeber sieht mit Recht in der Ehe kein Geschäft. Dagegen hat das Reichsgericht dann eine Anfechtung für zulässig erachtet, wenn der Ehemann unwehre Angaben über seine berufliche und damit im Zusammenhang wirtschaftliche Position gemacht hat.

Die Anfechtungsklagen sind in der Praxis viel seltener als die Ehescheidungsklagen, aber öfters miteinander dergestalt verbunden, daß derjenige, der lostommen will, Anfechtungs- und Nichtigkeitsklagen miteinander erhebt. Es gab eine Zeit, in der die Anfechtungsklage z. B. von Kriegerehemaligen erhoben wurde mit dem Zwecke der Aufhebung der zweiten Ehe, um damit wieder in den Bezug der Rentenansprüche aus der ersten Ehe zu kommen, die bei der Ehescheidung dauernd verlagert bleiben.

Die vermögensrechtliche Stellung der Ehegatten nach Nichtigkeitsklärung der Ehe infolge Anfechtung ist in §§ 1345 und 1346 geregelt. Derjenige, der die Täuschung nach § 1334 verursacht hat, steht den schuldigen geschiedenen Ehegatten gleich. Also besteht beispielsweise Alimentationsverpflichtung des täuschenden Gatten gegenüber der Frau. Im Falle des Irrtums bei zwei gutgläubigen Ehegatten ist bestimmt, daß der Irrende den anderen Teil in vermögensrechtlicher Beziehung schadlos zu stellen hat.

Filmvorführung in Augsburg. Durch rege Agitation in den Betrieben war es ein erhellendes Ergebnis, eine sehr gut besuchte Veranstaltung zu gründen zu können. Zum Vortrag kam „Der Kreuzweg des Weibes“. Mit großer Aufmerksamkeit und Spannung verfolgten die Anwesenden den Film, und aus manchem Auge konnte man sehen, daß die Wirklichkeit genau so ist. Die Kolleginnen waren sichtlich ergriffen und äußerten allgemein der Frauenkommission ihren Dank für das gebotene und versprochen mitzuarbeiten am Ausbau unserer Bewegung.

BERICHTE AUS FACHKREISEN

Gedanken zur Zeit

Dem Kapitalisten kommt es nur auf größeren Gewinn an. Er ist auf sein eigenes Wohl bedacht und auf Vermehrung seines Eigentums.

Unsere sozialistische Arbeit gilt der ganzen Menschheit. Die Klassengegenstände müssen beseitigt werden, um die wahre, menschliche, ethische Gesellschaft zu schaffen.

Die Wege zu ihr sind freilich heiß umkämpft. Die Heißsporne und Stürmer meinen es wohl gut, aber sie sehen oft die Steine und Dornen nicht, die sich auf dem Wege türmen und die es mit zu beseitigen gilt.

Unsere Aufgabe ist es, Wissen und Erfahrung zu sammeln und sie weiterzutragen in die unklaren Köpfe. Die Gemeinschaft gilt es zu schaffen, die da Stein auf Stein schiebt, damit das Werk langsam, aber beständig seiner Vollendung entgegenwächst.

R. Weiser.

Hamburg

In der nächsten Zeit beginnt die Betriebswerbung. Vor kurzem hielt Kollege Lang vom Hauptvorstand hier in Billstedt, Bahrenfeld und Harburg vier Versammlungen ab.

Die Ausführungen des Kollegen Lang wurden mit großem Interesse aufgenommen. Zwei Versammlungen waren ganz gut besucht, zwei aber mangelhaft.

Wuppertal

Die Jugendgruppe der Gewerkschaft Wuppertal veranstaltete im Gemeindefesthaus einen Antifriedensabend mit einem Lichtbildervortrag über das Thema: „Im Westen nichts Neues!“

Das Thema: „Im Westen nichts Neues!“ Zwar war der Titel dem bekannten, vielumjubelten Filmstreifen entlehnt, doch hat der Lichtbildervortrag selbst in seiner Zusammenfassung etwas vollkommen Neues. Seit dem ersten, nach 15jähriger Friedenszeit künstlich gestellte Kriegsgeschehen auf die Weltbühne zu bringen, zeigten die Bilder nur Originalaufnahmen aus dem Weltkrieg.

Konferenz der Donautilialen

Am Ostermontag fand im Gasthaus zum „Röfle“ in Ginzburg eine von etwa 70 Delegierten besuchte Konferenz der Donautilialen des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes statt.

Als Vertreter des Hauptvorstandes war der Kollege Schönleben, Berlin, anwesend. Die Leitung wurde durch den Kollegen Schneider, Augsburg, vertreten. An den Vorsitzenden des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes, Kollegen Schrader, wurde ein Glückwunschtelegramm zu seinem 25jährigen Verbandsjubiläum abgefasst.

Kollege Schönleben stellte die Tätigkeit der Regierungen Hermann Müller und Dr. Brüning gegenüber und kam dabei zu der Auffassung, daß die Regierung Hermann Müller deshalb gestürzt wurde, weil sie dem Verlangen der Arbeitgeber auf Rückwärtsrevidierung der sozialen Versicherung wie der Arbeitslosenversicherung Widerstand leistete.

Aus der Gewerkschaftsbewegung

Albert Buch

In Brandenburg an der Havel starb am 2. April Albert Buch. Als Tuchmacher trat er in unsere Organisation ein und wurde bald Funktionär, war viele Jahre Vorsitzender und wirkte mit seiner Frau sehr eifrig für die Gewerkschaft, die ihn auch oft auf unsere Verbandstage als Delegierten sandte.

August Siegel 75 Jahre

Am 1. April vollendete der alte August Siegel vom Bergarbeiterverband sein 75. Lebensjahr. Siegel ist in der deutschen Bergarbeiterbewegung schon im Jahre 1889 hervorgetreten, als er als Mitglied der sog. Kaiserdeputation nach Berlin ging.

Der „Streikbrecher“

Was einem Chef alles passieren kann. In der Tuchstadt Forst (Lausitz) wurde vor kurzem in zwei Betrieben gestreikt. Natürlich passiert dabei auch allerlei. So berichtete die „Lausitzer Volkszeitung“ u. a. folgende nachdentliche Sache:

Der Streik in den beiden Großbetrieben hat neben seinem Ernst auch manches Heitere gezeigt. Ein Fall nur: Kommt da in den ersten Kampftagen ein Radfahrer die Gubenner Straße entlanggefahren und steigt vor der Fabrik von Härtel & Co. ab.

Streikbrecher

genannt zu werden... Der Herr verdefiniert sich: „Über, meine Herren, was wollen sie, ich bin doch Herr Henrichle! Erkennen sie den anderen Seite.“

Stetlich und komisch zugleich, geht, wenn Arbeiter, die schon vier Jahre bei der Firma arbeiten, noch nicht einmal ihren „Borgelegten“ kennen.

Literatur

Rheuma und Gift, deren Ursachen und Heilung. Von Dr. med. Hoppe. Preis 2.— M. Bruno Willems Verlag in Hannover.

Rur wenige Krankheiten sind so hartnäckig und ängern sich so schmerzhaft und quälend wie gerade Rheuma und Gift. Wer darunter leidet, wird dieses neue Buch mit großem Interesse lesen, ist doch daraus ersichtlich, wie beide Leiden entstehen und geheilt werden können.

Tarifbestimmungen für Süddeutschland unter Zugrundelegung der einzelnen tariflichen Positionen bekannt. Aus diesem war ersichtlich, wie die Auswirkungen in den einzelnen Tarifbezirken Süddeutschlands zur Zeit bestehen und forderte, daß einheitliche Tarifbestimmungen geschaffen werden.

An der sich nun ansehenden regen Diskussion beteiligte sich eine Reihe Kollegen. Dabei war aus den Darlegungen des Kollegen Witter-Göppingen interessant, daß die Firma G. Hilbenbrand in Göppingen ihren Betrieb nahezu stillgelegt hat, während die Arbeiterzahl in dem Fiktalbetrieb in Schepfach erhöht wurde.

Geisler Hart Otto.

Sprengschuß werden eingehend behandelt. Erfreulicherweise sind im Text nach Möglichkeit alle schwer verständlichen Fremdwörter vermieden, so daß der Laie vom Inhalt ohne Schwierigkeiten Kenntnis nehmen kann.

Oskar Wöhrle: Der Baldamus und seine Streiche. Roman. Neue, veränderte, endgültige Fassung. Jubiläumsaufgabe. 92. bis 100. Tausend. 1931. Einband und Typographie: Jan Tschichold, München. 224 Seiten. Ganzleinen. Verlag: Der Buechertreis G. m. b. H., Berlin SW 61. Preis 4,80 M.

Als der Baldamus kurz vor dem Kriege zum ersten Male mit seinen dicken Streichen vor die Öffentlichkeit trat, da errang er gleich einen durchschlagenden Erfolg. Und der ist ihm bis zum heutigen Tage treu geblieben, so daß sein jetziger Verlag nunmehr die Jubiläumsaufgabe (92. bis 100. Tausend) herausgeben kann.

Der Elsjäffer Wöhrle erzählt in dem Roman die Geschichte seiner eigenen ungebärdigen Jugend. Nach dem Bruch mit dem Elternhaus und dem bürgerlichen Beruf — er soll Schulmeister werden — versucht sich der Baldamus zunächst in allerlei Beschäftigungen.

Diese kurze Inhaltsangabe könnte dazu verleiten, den „Baldamus“ als einen der zahllosen unwichtigen Romanromane beiseitezulassen. Das wäre grundfalsch. Ebenjowenig ist er nur ein heiterer Unterhaltungsroman für Ruhestunden, obwohl der Baldamus in allen Lebenslagen seinen alemannischen Humor behält.

Dieser autobiographische Roman ist ein Griff ins volle Menschenleben. Wir sollten ihm, jung und alt, einen Ehrenplatz in unserer Bucherei einräumen. Dem „Wahren Jacob“, der seit Nr. 7 in technisch vervollkommenem Gewand erscheint, entnehmen wir folgende Scherze:

Wir dem Dritten Reich ist das so eine Sache. Siegfried da neulich auf dem Münchener Hauptbahnhof ein Demand um, hatte es eilig, nahm sich einen Gepäckträger und hat diesen, der mit bayerischer Ruh an sein Geschäft ging, sich etwas zu beeilen.

STREIFZUGE DURCH DIE SOZIALVERSICHERUNG

Familienhilfe nach dem Tode des Versicherten

Die Rotterordnung des Reichspräsidenten vom 26. Juli 1930 hat neben all ihren Verschlechterungen auf dem Gebiete der Krankenversicherung doch auch einige Verbesserungen gebracht. Ein derselben besteht darin, daß die Familienhilfe, die bisher eine freiwillige Mehrleistung der Kassen war, zur gesetzlichen Pflichtleistung erhoben wurde.

Die Erhebung der Familienhilfe zur Pflicht oder Regelleistung hat nun den Versicherten mancherlei Vorteile gebracht. So findet jetzt die bekannte Schutzfrist des § 214 der Reichsversicherungsordnung auch auf die Familienhilfe Anwendung. Nach dieser Bestimmung hat der Versicherte nach für die Fälle, die innerhalb 3 Wochen nach seinem Ausscheiden aus der Kasse eintreten, Anspruch auf die Regelleistungen der Kasse.

Wichtig ist nun die Frage, ob ein Anspruch auf Familienhilfe auch nach dem Tode des Versicherten besteht oder nicht. In Frage kommen hier nur die Leistungsfälle an Angehörige, die noch vor dem Ableben des Versicherten begonnen haben. Neue Leistungsansprüche auf Familienhilfe nach dem Tode des Versicherten können grundsätzlich nicht mehr gestellt werden.

Hotel X schaffen. „Na“, sagt unser Gepädräger, „dös geht jetzt net, i hoab jetzt Brotzeit, gehn S' zu mein'm Kollegen da!“ Und was erwiderte der Reisende? Er erwiderte ingrimmig: „Na, wartet man, ihre faule Jeseckshaft, im Dritten Reich wird man euch schon Beene machen!“

Hitler speiste neulich bei einem jüdischen Bankdirektor. Vorwurfsvoll wurde er von einem Anhänger gefragt: „Wie konnten Sie nur? Er ist doch beschneitten!“ Darauf der große Adolf: „Er ja — aber sein Geld nicht!“

Nazi-Kroppzeug prügelt sich

Bei den Betriebsrätemahlen sind die Unternehmerröhdlinge fast überall mit bewundernswürdiger Eleganz abgerückt. Dafür prügeln sie sich jetzt gegenseitig und schlagen sich, soweit es geht, die Köpfe ein.





# Für unsere Jugend

## Unsere Unfall- und Haftpflichtversicherung

In der Januarnummer der „Textilarbeiter-Jugend“ wurde berichtet, daß der Hauptvorstand mit der „Neuen Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-AG.“ einen Vertrag abgeschlossen hat, der unsere jugendlichen Mitglieder (bis 21 Jahre), alle Jugendleiter und deren Stellvertreter gegen Unfall versichert. Unter Unfall versteht man jede ärztlich erkennbare unfreiwillige Körperverletzung, die durch ein plötzliches von außen mechanisch auf den Körper wirkendes Ereignis entsteht. Als solche Ereignisse gelten auch Blitz und elektrischer Schlag, Verbrennungen, Blutvergiftungen, ferner Sonnenstich, Hitzschlag und deren Folgen, Verrentungen, Zerreißungen an Muskeln infolge eigener plötzlicher Kraftanstrengungen, Erfriken durch ausströmende Dämpfe oder Gase usw. Auch Unfälle, die durch einen Unfall der Bahnen, Kraftwagen, Fuhrwerke und sonstiger Transportmittel (außer Flugmaschinen und anderer Luftfahrzeuge) verursacht sind, sind in die Versicherung einbegriffen. Von der Versicherung ausgeschlossen sind: Unfälle durch Schlag-, Krampf-, Ohnmachts-, Schwindelanfälle von Giftes- und Bewußtseinsstörungen, oder Unfälle, soweit durch sie bereits bestehende Gebrechen, zum Beispiel Unterleibsbrüche, Krampfadern, Entzündungen des Blinddarms usw. verschlimmert werden.

Die Versicherungssumme beträgt:

für den Todesfall . . . . .	1000,— M.
für den Fall der Invaldität . . . . .	5000,— „
Eine Tagesentschädigung bei vorübergehender Unfallfolge (erst vom vierten Tage nach Eintritt des Unfalls zahlbar) . . . . .	1,50 „

Der Verletzte hat dafür alle Anordnungen der Versicherungsgesellschaften zu befolgen, den ihn behandelnden Arzt zu ermächtigen, der Gesellschaft jede zweckdienliche Auskunft zu erteilen, sich, wenn dies gefordert wird, und es der Zustand des Verletzten erlaubt, dem Gesellschaftsarzt zur Untersuchung vorzustellen, und wenn nötig, sich in einer Heilanstalt behandeln zu lassen.

Hat ein Unfall stattgefunden, so ist über das Jugendsekretariat der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-AG. in Frankfurt am

Main sofort schriftliche Schadenanzeige zu erstatten. Sofort nach Eintritt des Unfalls ist ein Arzt bis zur vollständigen Heilung hinzuzuziehen und für angemessene Krankenpflege Sorge zu tragen. Bei Todesfall ist ebenfalls über das Jugendsekretariat binnen 24 Stunden die Gesellschaft unter „Frankonia Frankfurt/Main“ telephonisch zu benachrichtigen, auch dann, wenn der Unfall bereits gemeldet ist.

Unsere Jugendleiter, Funktionäre sowie deren Stellvertreter, sind daneben auch gegen Haftpflichtansprüche versichert. Diese Versicherung umfaßt sowohl die Abwehr unbegründeter, als auch die Befriedigung begründeter Schadenersatzansprüche, hat also den Sinn, die Jugendführer, die ihre Zeit

Haftpflichtfall voller Ersatz geleistet. Dieser Höchstbetrag ist bei Personenschäden unbegrenzt, bei Sachschäden (einschließlich Tier-schäden) begrenzt auf den Betrag von 10 000 M.

Wird gegen einen Versicherten ein Haftpflichtanspruch erhoben, muß diese Meldung ebenfalls schnellstens, wenigstens aber innerhalb 8 Tagen, an das Jugendsekretariat zur Weitergabe an die Gesellschaft gelangen. Die Versicherten sind verpflichtet, der Gesellschaft alle Briefe, Klageakten usw. zu übermitteln und jede verlangte Auskunft zu erteilen.

Sämtliche Leistungen beziehen sich nur auf den Versicherungsfall, also auf die offiziellen Veranstaltungen der Jugendpflege betreibenden Gruppe, einschließlich des Weges der Jugendlichen zu und von diesen Veranstaltungen.

Unsere preussischen Jugendgruppen, die den Ortsausschüssen für Jugendpflege angegliedert sind, werden durch dieselben automatisch von dieser Versicherung erfasst. In Sachen ist die Versicherung unseres Wissens durch

Ausgaben für Lehr- und Lernmittel, für Schülerwanderungen und Spiele, für Ausbau der Lehrer- und Schülerbibliothek, für den Besuch anderer wichtiger Anschauungsstätten (zoologische und botanische Gärten u. a.) und für die vielerorts so dringend notwendigen Schulneubauten eingeschränkt.

Die Städte werden bei diesen Abbaubestrebungen gestärkt durch die im Vorstand des Städtetages herrschende Auffassung. Der Vorstand hat entsprechende Richtlinien seinen Mitgliedsstädten zugewendet. Auch die Landgemeinden, obwohl ihr Schulwesen gerade einen Ausbau dringend erfordert, sind dem Beispiel der Städte gefolgt, und der „Verband der preussischen Landgemeinden“ hat kürzlich gleichfalls vorläufige Richtlinien zur Erzielung von Ersparnissen ausgearbeitet, die im wesentlichen denen des Städtetages entsprechen.

Die Erhöhung der Klassenbesetzungsziffer bedeutet eine schwere Beeinträchtigung der erzieherischen Arbeit. Sie unterbricht eine erfreuliche Entwicklung der Volksschule, in der vorwärtsweisende Arbeit nur möglich werden konnte durch Verringerung der Schülerzahl, die immer erstrebt, aber erst in den Nachkriegsjahren, wenn auch nicht überall in gleichem Tempo, wirksam wurde. Bei größerer Schülerzahl muß sich zwangsläufig die Arbeitsweise vergrößern. Der Aufenthalt in überfüllten Räumen bringt ferner auch gesundheitliche Schädigungen mit sich und schwächt die körperliche und geistige Leistungsfähigkeit der Kinder. Gerade bei der jetzigen Wirtschaftsnot mit ihrem Gefolge von Entbehrung, Armut und Sorge mühte die Schule zu intensiver Erziehungsarbeit Gelegenheit haben.

Die Maßnahmen, die den Stand der Ausbildung der deutschen Jugend schwerstens schädigen, sind auch, wirtschaftlich gesehen, völlig verfehlt, denn die künftige Bedeutung Deutschlands liegt zweifellos in der Entfaltung seiner Arbeitskräfte. Nur wenn diese bis zum Höchstmaß entwickelt werden, können wir unsere Stellung behaupten.

Die Berufsschule, die durch den schwächeren Schülerzugang in den nächsten Jahren einen gewissen Leerlauf zu verzeichnen hat, ist den herrschenden Abbautendenzen besonders ausgesetzt, obwohl gerade die jetzige Zeit angetan wäre, den inneren Ausbau vorzunehmen. Für die Erhaltung der Wirksamkeit der Berufsschule wird vorgeschlagen:

- Erweiterung des Kreises der Schulpflichtigen.
- Vermehrte Gründung von Verbands- (Kreis-) Berufsschulen.
- Errichtung und Ausbau von Schulwerkstätten, Einschränkung des Unterrichts durch nebenamtliche Lehrer.
- Vermehrte Inanspruchnahme der Berufsschulen für die Bildungsmaßnahmen für erwerbslose Jugendliche.

Es wird mit Recht bemerkt, daß am besten zu sparen wäre, wenn der Uebersteigerung der Bildungsansforderungen Einhalt getan wird; zeigen doch die Debatten um das Berechtigungsproblem, wie dieses zwangsläufig zu einer Frage der Schulorganisation wird. Die höhere Schule kann nicht mehr der einzige Weg zur Hochschule sein. Volksschule und Berufsschule sind organisatorisch und organisch zu verknüpfen und so leistungsfähig zu gestalten, daß auch von diesem Fundament ein neuer Weg insbesondere für die praktischen Intelligenzen zu den weiterführenden Schulen eröffnet wird. Die Abbaumaßnahmen für Volks- und Berufsschulen werden hingegen die praktische Auswirkung zeitigen, daß diese Schulen noch weniger geachtet werden, und der Zulauf zu den höheren Schulen, die ohnehin Eltern, Wirtschaft und Staat in unerträglicher Weise belasten, noch mehr anschwillt.

Die vorgesehene Abbaumaßnahmen sind nur kleinliche Mittel, deren finanzieller Erfolg zudem sehr fragwürdig ist. Eine durchgreifende Sparpolitik wäre allein durch eine großzügige Reform des gesamten öffentlichen Schulwesens möglich. Die Vielfältigkeit und Ueberflüssigkeit des deutschen Schulwesens macht eine rationelle Gestaltung derselben zu einer gebieterischen Pflicht. Das Reichsinnenministerium muß hier in Sinne einer Vereinheitlichung wirken, wenn auch deren Erfolg auf weite Sicht gestellt sein wird.



„Fahrende Gesellen“  
Mitglieder der Zwickauer Jugendgruppe vor einer Fahrt „Kreuz und Quer“

und Kraft in den Dienst der Jugend stellen, vor materiellen Schäden in den Fällen zu bewahren, in denen sie von Dritten in ihrer Eigenschaft als Jugendführer auf Grund gesetzlicher Haftpflichtbestimmungen haftbar gemacht werden. Von der Gesellschaft wird bis zum versicherten Höchstbetrag für jeden

die Gauleitung geregelt. Im übrigen aber können Meldungen über Unfälle und Haftpflichtansprüche aus allen Landesgebieten Deutschlands an das Jugendsekretariat zur Bearbeitung gerichtet werden, weil der Versicherungsabschluß ohne bezirkliche Einschränkungen getätigt ist. Das Jugendsekretariat.

## Gegen den Abbau im Schul- und Bildungswesen!

Das öffentliche Schulwesen, kulturpolitische Einrichtungen und sonstige Bildungsstätten sind in hohem Maße Objekte der obwaltenden Sparpolitik geworden. Die geplanten und teilweise bereits durchgeführten Abbaumaßnahmen nehmen einen so großen Umfang an, daß das schlimmste für die Weiterarbeit und Existenz mancher Einrichtungen zu befürchten und jeder Bildungsfreund mit ernster Sorge erfüllt ist. Wiederum sind eine Reihe von Maßnahmen besonders angefallen, das kulturelle Streben der Arbeiterchaft zu hemmen. Die Notrufe vieler bedeutungsvoller Bildungseinrichtungen nach Hilfe werden immer dringender. Es sei darum die Aufmerksamkeit nochmals auf diesen Fragenkreis gelenkt, der bereits in einem Aufsatz „Falsche Sparpolitik im Schulwesen“ in der „Gewerkschaftszeitung“ Nr. 10/1931 behandelt worden ist. Insbesondere sollten die Arbeiter in den Landes- und Städteparlamenten sich diese Ausführungen zu eigen machen und mit aller Kraft bestreben, einem Abbau entgegenzuwirken. Es heißt in dem Aufsatz: Gewiß, auch die Schule wird der herrschenden Finanznot Opfer bringen müssen. Tragbaren und sinnvollen Ersparnismaßnahmen wird auch, bei aller Anerkennung des Grundjages, daß für die Erziehung der heranwachsenden Generation das letzte eingeseht werden muß und der Bildungsetat seinem Wesen nach immer ein Zuschußetat sein wird, die Zustimmung nicht zu verweigern sein. Was jedoch in einzelnen geplant und teilweise schon durchge-

führt wird, ist geeignet, die Substanz und weitere Arbeit der Schule zu gefährden. Die Maßnahmen lassen grundsätzliche pädagogische Gesichtspunkte außer acht und werden weder wirtschaftlichen noch schulorganisatorischen Erfordernissen gerecht. Mit Recht wird weiter auf die verhängnisvollen Folgen solcher Sparmaßnahmen aufmerksam gemacht, die in ihrer vollen Schwere in erster Linie die Volks- und Berufsschulen treffen. Gegen die hohen Aufwendungen für das höhere Schulwesen wird nur mit zaghaften Maßnahmen in unzulänglichem Maße vorgegangen. Die Länder sind als Träger der persönlichen Kosten an deren Verringerung interessiert; die Maßnahmen zielen darum im wesentlichen auf eine Einsparung von Lehrerstellen in der Volks- und Berufsschule hin. Durch Heraufhebung der Schülerzahl pro Klasse und Erhöhung der wöchentlich vom Lehrer zu erteilenden Pflichtstundenzahl sollen Lehrkräfte freigesetzt werden, so daß noch nicht fest angestellten Lehrern gekündigt werden kann oder sich die Besetzung freierwerdender Stellen erübrigt, was in gewissem Umfang die Gefahr des Ueberaltens des Lehrkörpers zur Folge hat. Auch werden gegebenenfalls neue methodische und pädagogische Strömungen ausgeschaltet. Die Städte, die in einzelnen Ländern Anteil an den persönlichen Kosten leisten, fördern diese Bestrebungen durch Zusammenlegung von Klassen und ganzen Schulen. Da sie weiter den sachlichen Aufwand bestreiten, werden die

### Jugend und Arbeitslosigkeit

Forderungen der holländischen Gewerkschaften. Eine außerordentliche Tagung der holländischen Gewerkschaften befaßte sich mit der auch in Holland anwachsenden Arbeitslosigkeit; es wurden Beschlüsse über den Ausbau der Arbeitslosenversicherung und über Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gefaßt. Zur Frage der arbeitslosen Jugend wurde besonders Stellung genommen; folgende Forderungen wurden erhoben: Die zurzeit gesetzlich vorgeschriebene Schulpflicht soll von sieben auf neun Jahre gebracht und nicht vor dem 15. Lebensjahre beendet werden. Die berufliche und allgemeine Ausbildung soll dadurch gefördert werden, daß der Fortbildungsschulunterricht bis zum vollendeten 17. Lebensjahre für obligatorisch erklärt wird. Die arbeitslosen Jugendlichen sollen verpflichtet werden, bis zu ihrem 17. Lebensjahre in Perioden der Arbeitslosigkeit Tageskurse mitzumachen, in denen theoretischer und praktischer Fach- und Gewerbeunterricht, Handfertigkeitsunterricht und der allgemeinen Bildung dienender Unterricht erteilt wird. Für alle jugendlichen Arbeitslosen unter 21 Jahren, gleichviel, ob sie irgendeinen Beruf erlernt haben oder zu den ungelerten Arbeitern gehören, sollen die nötigen Vorkenntnisse für theoretischen und praktischen Fach- und Gewerbeunterricht, Handfertigkeitsunterricht usw. getroffen werden. Beschaffung der nötigen Lokaltäten und Lehrkräfte — womöglich aus den Kreisen der arbeitslosen erwachsenen Kopf- und Handarbeiter —, Zusammenarbeit mit den örtlichen Gewerkschaftsinstanzen, Jugendorganisationen usw.). Allen nicht mehr schulpflichtigen jugendlichen Personen unter 21 Jahren soll die Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt werden, und zwar unter der Bedingung, daß sie sich beim öffentlichen Arbeitsnachweis als Arbeitsuchende einschreiben und in den Fällen, wo dies möglich ist, sich die obengenannten Bildungskurse und -gelegenheiten zunutze machen.

# UNTERHALTUNG UND WISSEN



Copyright by Babelreiter-Verlag, Hamburg-Bergedorf :: Illustriert von Georg Wilke

### 3. Fortsetzung

„Was ist das? Los, los, los!“ Er kann nicht mehr ertragen, vorläufig nicht. Wir liegen flach. Wieder geht der Atem, die Köpfe liegen flach wie im Schlaf, viele haben die Augen geschlossen. Wir — können — nicht — mehr. — Aber der Sargträger kann noch! Er weiß, was er will. — Das Schlimmste hat er sich aufgespart. Er geht zwischen den zuckenden und keuchenden Leuten.

„Aber ich nicht gelungen habt!“ und dann wieder und wieder gellend:

„Ist marisch, marisch. In die Grube marisch, marisch!“ — bis wir einer nach dem anderen wieder hoch und auf die Grube, das stinkende, große Loch zustolpern, in das wir hineinfallen wie auf wackelndes Fleisch, und denn darin liegen und der große Prediger sich schmerzt auf die Lungen bis er an der Kehle der Schinder, der höhnisch gähnt.

„Schließen sie die Augen! Ihr Schweinehund!“

### Zehn scharfe Patronen

„Sch und Langer sind die unsichtbaren Führer unserer Kompanie, die unerbittlichen. Sie in unseren Tornistern hocken, in unseren Gewehrläufen nisten, unter unseren Helmen brüten.

Wir schleich in wie Gefanaene, die schwere eiserne Ketten an Händen und Füßen tragen. Die Ketten sind wie eisige Brand. Wir denken nur an die Befreiung in der Kajüte. Wir sind so zerlumpt und abgemattet, daß selbst unsere Mut gefahren ist. So geben wir wie abgearbeitete Tiere durch die letzte lange Straße der Kajüte zu.

„Ist in der Fremdenlegion!“ rief Zumann...

Die neuen Kameraden grüßen von der noch ferneren Seite her, aber sie in diesem Augenblick, denn sie werden uns wieder für kurze Zeit aufnehmen und verschlingen lassen, und wir werden vielleicht sogar etwas schlafen können. Die Augen brennen, die Ohren klappern, treten die über den Uniformknöpfen hervor. Wir sind voller Schmutz und Schweiß, und dünne Schweißbählein ziehen glanzlos über den Staub auf unseren Gesichtern.

Wiederum ist es einer, es wird nur wenig gesprochen, und die Saugen schmerzen und fühlen sich wie ein schweres Holz erhaben. Wir werden ihnen den schweren Tag nicht vergessen, wir werden es ihnen mit uns denken.

„Aber in den Dampfen vorne. Er hat ausgeschickt und ist nicht mehr zu sehen. Wir dürfen sogar den Atem aussetzen und den Kopf tragen öffnen. Aber er hat in uns unheimlichen Schrecken gewirkt. Wir trauern ihm den Tod.

„Aber die unschweren wieder geprügelt ge-...“

... in glühenden Bildern des



... in glühenden Bildern des ...

Ich folge nicht so ganz, denn ich muß schon eine ganze Weile an zu Hause denken, an meine letzte Wanderung in die Lüneburger Heide mit meinen Freunden. Nun sind wir in alle Winde verstreut: Peterjen in Bromberg, Schöning beim Seebataillon, und der kleine Schmidt, den wir „Kaktus“ getauft hatten, ist vorige Woche in Flandern gefallen. Er war seit seiner Konfirmation nur drei Zentimeter gewachsen und nur 1,61 Zentimeter groß. In seinem blauen billigen Konfirmationsanzug habe ich ihn ein Vierteljahr, bevor ich den roten Schein bekam, an die Bahn gebracht. Ich trug noch seinen Popptarton. Es ist mir unfählich, daß er nun tot ist, wie sein Vater mir geschrieben hat.

Ich kann mich da nicht hineindenken. Vielleicht finde ich ja sein Grab in Frankreich. Ich kann mir nur keine rechte Vorstellung machen bei dem Gedanken und Bilde: Grab in Frankreich. Wie sieht es dort aus?

Dann denke ich daran, daß, als der Krieg begann, wir alle noch Konfirmanden waren und daß wir auch jetzt noch eigentlich alle nicht viel mehr als Konfirmanden sind, und wenn wir jetzt alle statt der Uniform blaue Konfirmandenanzüge



Der ist total fertig.

tragen würden, jeder ein Gefangbuch statt eines Gewehres in der Hand und Raigläschen auf der Brust statt drückender Tornisterriemen, die uns die Luft abspürren, statt verfaulter Schweißstrümpfe.

Keine Gedanken verwickeln sich wieder. Ich kann keine Linie zwischen die Bilder „Gefangbuch und mein Gewehr Nr. 394“ bringen. Unteroffizier Preuß geht jetzt einigen Minuten

... und taufender anderer, die der Mordstahl traf, oder die in der Höhle der Verbannung auf iden Felseninseln schmachten. — — —

## Faschistische Reminiszenzen Aus dem Lande der Unfreiheit

Wenn wir an Italien denken, spiegelt sich immer das sonnige Land des Südens in unseren Sinnen wider, an dessen herrlichen Seen jeder Wanderfreundige gern einmal weilen möchte. Wir erinnern uns wundervoller Städtebauten in Oberitalien, in Venedig, Genua, Mailand, Turin und Florenz, in Rom und Neapel; wir träumen von Orangenbainen, von Pfläuschen und Mondscheinfahrten auf den Wasserstraßen Benedigs; in unseren Ohren klingen Gitarrefolis und Liebeslieder und die Blide vermeinen in die Weite der klauen Adria oder der Golfe von Neapel und Genua zu schweifen, während der Wissensdurst zum Meer hinansteigt.

Ein leichtlebiger Böllchen schwebt uns vor, das den Sorgen des Alltags mit unwiderstehlicher Heiterkeit zu begegnen weiß, das auch in schwersten Stunden in den Wäsen der Dichtung und Kunst Bergehen findet, und das schließlich in der Hölle der hochwertigen Kunstwerke auch ein gleichgeartetes Kulturleben zu gestalten vermag.

Sonnige Heiterkeit schwebt nach allem, was man sonst hätte, über Land und Volkleben; sonnige Heiterkeit, die Sehnsucht für Hunderttausende des herben Nordens.

Sonnige Heiterkeit... und da lesen wir: ...

dicht neben Langer. Der ist total fertig. Minulla trägt sein Gewehr mit und Langer hat so beide Hände frei und klemmt sie unter die Tornisterriemen, zieht bei jedem Schritt daran und röhelt wie der alte Hund des Milchmannes bei uns zu Haus vor dem Milchkarren: rrrhä, rrrhä, rrrhä, pph, pph, pph, — — pph — — — Preuß, der selbst wie ein Zementfaß aussieht, und dessen rechte Wange schon dick ist von meinem unvorsichtigen Tritt, hält seinen rechten Arm dauernd unter Langers Äffen und hebt diesen ruckweise hoch, damit Langer überhaupt weiter kann und nicht umfällt.

„Feiner Kerl“, ruft plötzlich Adamczit und gleich hinterher:

„Krank melden nachher, Heini!“ Er ist es auch, der uns fünfzig Meter vor dem Rajerentor ein klein wenig in Schwung bringt. Er singt, aber geht aus irgendeiner rechten Stimmung heraus, und fünf, sechs, auch ich, — fallen ein:

„In dem Wasser schwimmt ein Fischlein, Das ist glücklicher als ich, Glücklich ist, wer das vergißt, was einmal nicht zu ändern ist!“

Diese Strophe fingen wir alle gern, sie überdeckt wie ein Zaubermantel unsere Leiden, unseren Hunger, unsere Trostlosigkeit und unsere geheimen Gedanken an die nächste Zukunft und den Tod, den man „Heldentod“ nennt.

Langer singt nicht mit, er kann kaum noch atmen; alles, was er in diesem Augenblicke kann, ist, daß ihm die Tränen auf die eingefallene Brust fallen. Er weint, denn er weiß, daß „Adolf“ seinen Namen im Buche hat und daß nach diesem furchtbaren Vormittag für ihn nach dem Mittagessen die schwerste Stunde kommen wird, vor der ihn auch nicht der Unteroffizier Preuß, der jetzt fast seinen Äffen alleine trägt, retten kann, vor der ihn kein Gott und kein Gebet, überhaupt nichts bewahren kann, weil er nur ein armer, von allen Menschen verlassener, hilfloser, schwindfüchtiger Grenadier der kaiserlichen Armee ist.

Auf dem Rajerhof läßt er uns noch einmal rund herum Parademarsch machen. Es ist aber alles andere als das, wir treten durcheinander wie „Kumpel, die von der Schicht kommen“, wie Werner, der Bergmann aus dem Ruhrkohlenrevier, immer sagt. Aber „Adolf“ läßt es großzügig durchgehen; er tut, als sähe er es gar nicht. Doch dafür läßt er noch ein paar Griffe kloppen, während die Schreibstuhlhengste mit ihren Schnäpfen schon die Treppe herunter kommen und warmer Küchenbunt uns umflutet. Es gibt „Drachthorau“, wir riechen es.

„Begtretel!“ Er tut, als wären wir für ihn nie dagewesen und zieht seine Glacehandschuhe an, um ins Offizierskafino zu gehen.

Wir schleichen in die Korporalschaftsstuben und laufen unterwegs wie Pferde, mit den Mäulern an den Wasserhähnen saugend.

„Er ist ein Sadist“, sagt Preuß im Vorbeigehen. Ich kenne das Wort noch nicht, will mich bei Gelegenheit mal erkundigen.

Ich liegt schon in voller Ausrüstung auf der Seite auf dem Feldbett und schnarcht. Als ich ihn wecken will, weil wir zum Essenholen antreten

müssen, knert er mich wütend an. Ich lasse ihn liegen. Gütter schläft beim Essen ein. Ich komme in Versuchung, seinen Kopf mit auszulöffeln, aber



„Begtretel!“

vielleicht ist er es später. Der kleine Adamczit wienert schon wieder an seinem Rod. Dann will ich nach Hause schreiben, schlafe aber dabei ein, bis mich ein Puff von Adamczit weckt.

Draußen tritt der blaße Langer wieder feblmarchmäßig an. „Adolf“ hat den Sergeanten Schönfeld zum Schleifen kommandiert. Der ist natürlich furchtbar wütend, weil er nicht in die Kantine kann. Er ist nach „Adolf“ der gefürchtetste Borgefährte. Seine Befehle klingen schneidend wie fallende Stahlmesser.

Wir stehen am Fenster, Adamczit und ich, und blicken nach unten, ein Gefühl aus Traurigkeit, Mitleid und Jörn in uns. Minulla kommt von nebenan. Seine breiten Baden sehen sehr wohl und eingefallen aus.

„Heini hat nichts jeßasn und mu — —“ sagt er wie aus der Ferne. Wir starren geistesabwesend



Er torzelt zurück.

nach dem Hofe und nach dem, was sich dort abspielt.

„An die Mauer, marsch, marsch!“ Wir zucken unwillkürlich mit zusammen. Langer läuft schwankend mit offenem Mund.

„Zurück, marsch, marsch!“ Er torzelt zurück. Schönfeld muß sehen, daß Langer bald umfällt. Er läßt ihn „stillstehen“.

(Fortsetzung folgt.)

... und taufender anderer, die der Mordstahl traf, oder die in der Höhle der Verbannung auf iden Felseninseln schmachten. — — —

Da wird aus einem „Barum“ bittere Erkenntnis: Italien heißt auch Mussolinien, heißt Hölle aller aufrechten, wahrheitsliebenden, vor allem aller sozialistischen Menschen!

Und weiter meldet lakonisch die Zeitungsmotiz:

„Der Rest wurde halberfrosen von schweizerischen Grenzbeamten aufgefunden und mit der Bahn nach Italien zurückbefördert!“

Zurück in die Hölle, der man selbst den fast gewissenen Tod in Eis und Schnee vorzog? — — —

Faschistische Reminiszenzen werden zu Anklagen gegen ein System, zu Anklagen gegen eine Menschheit, die immer noch keine bessere Gesellschaft zu gestalten vermochte.

Faschistische Reminiszenzen sind blutige Mahnung an die Arbeiterklasse aller Länder — — —

al.

Wenn sich das Wetter schlecht läßt an, Hab' ich den Trost erdacht: Der Himmel, der es ändern kann, Der sehe zu! Was geht's mich an? Hab' ich's doch nicht gemacht!

Und wenn die Luft sich aufgehellt, Wie es mein Herz begehrt, Dann blick ich freudig in die Welt, Als hätte man's bei mir bestellt Und ich hätt' es beschert.

Rückert